Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1925

48 (29.1.1925) Abendausgabe

Visual Library

Donnerstag, 29 Januar 1925. Abendausgabe 122. Jahrgang Nr. 48.

Karlsruher Tagblatt

mit

Industrie- u. Handelszeitung

und der Wochenschrift „Die Pyramide"

Gegründet 1803

Bezugspreis: halbmonatlich Mk. 1.30 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt Mk. 1.20. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 2.60 ausschl. Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen. Einzelverkaufspreis: Werktags 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Anzeigenberechnung: für die 9gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 25 Pfg., auswärts 30 Pfg., Reklamezeile 80 Pfg., an erster Stelle 90 Pfg., bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungszieles, bei gerichtl. Beitreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellengesuche ermäßigter Preis. Beilagen: Illustrierte, Unterhaltung, Sport, Technik, Frauen, Wandern, Musik, Landwirtschaft und Garten, Hochschule, Jugend, Wehr und Kolonien, Leisekreis, Literatur.

Chefredakteur H. v. Laer. Verantwortlich für Politik: F. Ehrhard; für den Nachrichtenteil: H. Voß; f. Wirtschaftspolitik: Dr. H. Wilfert; f. Handel: H. Rippel; für Stadt, Baden, Nachbargebiete u. Sport: H. Gerhardt; für Feuilleton und Oper: H. Weick; für „Pyramide" und Schauspiel: K. Joho; für Konzerte: A. Rudolph; für Technik: Dr. ing. K. Eisenlohr; für die Frauenbeilage: Frl. Dr. C. Zimmermann; für Inserate: H. Schriever, ämtliche in Karlsruhe; für Bilderbeilage: Otto Schumann, Berlin. Druck u. Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstraße 1. — Berliner Redaktion: Dr. R. Jüaler, Berlin-Steglitz, Sedanstraße 17, Telephon Amt Steglitz 1119. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion v. 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Nr. 18, 19, 20, 21, 297, 1923. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Wirtschaft und Aufwertungsfrage.

Ernste Bedenken der Wirtschaft gegen eine höhere Aufwertung.

Ein Schritt beim Reichswirtschaftsminister.

WTB. **Berlin**, 29. Jan.

Am 28. Januar wurden die Spitzenverbände der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels, des Einzelhandels, der Schiffahrt, des Handwerks und des Bankwesens beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig, um dessen Aufmerksamkeit auf die wirtschafts- und währungspolitischen Wirkungen zu lenken, die sich aus einer über die 3. Steuernotverordnung hinausgehenden Aufwertung von Hypotheken- und Industrieobligationen, von privaten Forderungen, sowie aus der uferlosen Erweiterung des Kreises der aufwertungsfähigen Privatforderungen ergeben müssen. Unter Zustimmung des Vertreters des Reichsbankdirektoriums wurde von allen Verbänden betont, daß eine Erweiterung der Aufwertung die Grundlagen der Währungsstabilisierung, sowie die in den Goldbilanzen vorhandenen Unterlagen der Kreditwirtschaft im In- und Ausland ernstlich gefährden müsse und daß in weiterem Verfolg solcher Maßnahmen die Steuerkraft der Bevölkerung vor unerfüllbare Ansprüche gestellt würde. Es wurde dargelegt, daß die Aufwertungsmöglichkeit für die meisten hier in Betracht kommenden Rechtsverhältnisse an der für die Schuldner bestehenden rechtlichen, wirtschaftlichen und technischen Unmöglichkeit scheitern muß, von seinen privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Schuldnern eine Aufwertung zu erlangen. Die Verbände stellten die Forderung, daß dieser Gegenstand ausschließlich vom Standpunkt der Interessen der Gesamtwirtschaft und der Gesamtbevölkerung behandelt wird. Sie richteten an den Reichswirtschaftsminister die Bitte, dem Reichstag ihren Wunsch zu übermitteln, zur Vertretung ihrer Auffassung vor dem Aufwertungsausschuß des Reichstags Gelegenheit zu erhalten.

*

WTB. **München**, 29. Jan. Nach einer Bekanntmachung des Justizministeriums hat das Bayerische Oberste Landesgericht die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten zur einstweiligen Regelung der Aufwertung vom 4. Dezember 1924 geprüft und bejaht, da, wie am Schlusse der Begründung dieses Beschlusses ausgeführt wird, unter den nach Artikel 48 der Reichsverfassung zulässigen Maßnahmen auch solche rechtlicher Art zu verstehen sind. Wie wir von wohlinformierter Seite hören, ist die Wirkung dieses Urteils die, daß zunächst für alle Aufwertungsangelegenheiten bürgerlich-rechtlicher Natur die Aufwertungsstellen bei den Gerichten kompetent sind. Das Urteil des Reichsfinanzhofes ändere hieran nichts.

England und das Sicherheitsproblem.

TU. **Berlin**, 29. Jan.

Die „Vossische Zeitung" meldet aus London: Seit einigen Wochen ist ein Meinungsaustausch zwischen London, Paris und Brüssel über die Lösung der Sicherungsfrage im Gange. Ein konservativer Militärsachverständiger, der Gelegenheit hatte, nicht nur den englischen, sondern auch den belgischen und den französischen Standpunkt kennen zu lernen, wies darauf hin, daß England einen Besitz der Schelde-Linie seitens einer befreundeten Macht und ein entmilitarisiertes Rheinland als ein wesentliches englisches Interesse betrachten müsse. Die englischen Militärsachverständigen seien überzeugt, daß Deutschland weder die Absicht habe, noch zurzeit imstande sei, einen Krieg gegen England oder gegen eine von England für seine Sicherung für lebensnotwendig gehaltene Position anzufangen. Da man jedoch nicht vorhersehen könne, wie stark die militärischen Einflüsse in Deutschland in zehn oder zwanzig Jahren werden könnten, halte man es auf englischer Seite für zweckmäßig, Deutschland auf diplomatischem Wege von denjenigen militärtechnischen Abmachungen Kenntnis zu geben, die England mit Frankreich und Belgien abschließen werde, um die Rhein-Schelde-Linie gegen militärische Angriffspläne von Osten her zu sichern.

Die Hetzrede Herriots.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tagblattes).

E. **Paris**, 29. Jan.

In seiner gestrigen Kammerrede, deren größten Teil wir bereits in der Morgenausgabe veröffentlichten, sagte Herriot zum Schluß: Frankreich wünsche nichts als seine Ruhe. Es sei aber nicht möglich, solange es in seiner Nähe Waffenklirren hören müsse. Nicht nur besitze Deutschland eine weitaus zahlreichere Armee und Polizei, als es der Versailler Vertrag gestatte, sondern

der Große Generalstab sei wieder in Bildung begriffen.

Das Genfer Protokoll werde wertlos sein, wenn der alte preußische Militärgeist sich wieder erhebe. Die Aufgabe der Demokraten sei es, dieser neuen Form des Imperialismus entgegenzutreten. Wichtiger als die materielle, sei aber die moralische Entwaffnung. Herriot glaube nicht, daß die letzten Reichstagswahlen, wie man erklärt habe, als eine Offensive gegen Frankreich auszulegen seien. Die beiderseitigen Extremisten seien geschlagen worden. Im großen und ganzen hätten die Sozialisten Fortschritte erzielt. Gleichwohl sei die moralische Entwaffnung nicht vollendet. Herriot verliest zahlreiche Pressemeldungen über

Aeußerungen deutscher politischer Führer, die als Beweis dafür gelten sollen.

Zu einer Zeit, da man von industrieller Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland rede, befreunde Deutschland sich immer mehr mit dem Kriegsgedanken. Das gehe aus den Zeitungsartikeln, Gedichten, Theaterstücken, Reden und Broschüren hervor, in denen Frankreich beschimpft werde. In Bayern drücken die sozialistischen Zeitungen ihre Befürchtungen über die Restaurierung der Monarchie aus, und man habe vielleicht auch Unrecht gehabt, die Rückkehr des Exkronprinzen zu leicht zu nehmen, und die Kriegsschuldigen durch ein deutsches Gericht aburteilen zu lassen. Man müsse sich in acht nehmen, daß in Bayern nicht mit leisen Schritten einer derjenigen zur Macht gelange, der für das Kriegsgemetzel verantwortlich sei. (!)

Der Schluß der Rede Herriots ist eine Hymne auf die Völkerverbrüderung. Herriot spricht von den Vereinigten Staaten von Europa. Diese Versöhnung unter den Völkern sei aber nicht möglich, wenn an der Seite einer wahren Demokratie unter der demokratischen Maske eine alte Oligarchie wieder erstehe. Herriot schließt mit folgenden Worten: „Ich will am Frieden der Welt arbeiten, aber ich will vor allem die Sicherheit meines Landes."

Der Ministerpräsident verläßt darauf die Rednertribüne unter dem dröhnenden Beifall der ganzen Kammer mit Ausnahme der Kommunisten. Die Sozialisten, Radikalen und das Zentrum erheben sich von den Bänken, während auch die Rechte und sogar die äußerste Rechte, wenn auch sitzend, ebenfalls Beifall klatschen. Die Sitzung wurde darauf auf morgen vertagt.

„Eine furchtbare Erwiderung auf die Note Stresemanns".

TU. **Paris**, 29. Jan. Die gestrige Kammerrede Herriots wird von der Morgenpresse im allgemeinen als ein großer Erfolg angesehen. Zahlreiche Blätter der Opposition heben hervor, daß die Stunde des Burgfriedens wieder geschlagen habe. Es frage sich nur, ob der Beifall der Opposition nicht Herriot die linksstehenden Sozialisten entfremden werde. Die Blätter der Opposition stellen ausdrücklich fest, daß auch Poincaré die Rede Herriots, ohne auch nur ein Wort daran zu ändern, hätte verlesen können. Herriot habe eine Rede von reinstem Patriotismus gehalten. — Der „Figaro" schreibt, die Kammer werde die Verbreitung der Rede beschließen, und man könne sich dazu beglückwünschen. Die gestrige Sitzung bedeute einen Zusammenschluß aller Parteien und werde nicht ohne Folgen bleiben. Die wunderbare Rede Herriots sei eine furchtbare Erwiderung auf die Note Stresemanns vom 26. Januar.

Die Mehrheitsverhältnisse in der französischen Kammer.

(Eigener Dienst des Karlsruher Tatblattes.)

B. **Paris**, 29. Jan.

Die große politische Aussprache, die gestern in der französischen Kammer mit der Hetzrede Herriots eröffnet wurde, kann, wie aus den französischen Oppositionsblättern hervorgeht, zu einem Generalangriff der Opposition auf Herriot führen. Zur Stunde verfügt die Regierung Herriot über 329 Stimmen in der Kammer. Die erforderliche Mehrheit beträgt nur 264 Stimmen bei einer Abgeordnetenzahl von 527. Die Mehrheit ist also sehr beträchtlich. Die Regierungsstimmen setzen sich aus einer Reihe verschiedener Parteien zusammen, von denen die stärkste die der Radikalsozialisten ist, denen Herriot selber angehört. Sie haben 139 Sitze. Sie werden von den 104 Sozialisten unterstützt, die allerdings nicht an der Regierung aktiv teilnehmen, aber in enger Verbindung mit der Regierung stehen. Man sagt, daß ihr Führer Blum heute in Frankreich eine größere Macht ausübt, als wenn er Mitglied der Regierung wäre. Die Gegner der Regierung bezeichnen ihn geradezu als denjenigen, der die gegenwärtige Politik mache. Zu diesen 243 Stimmen kommen noch diejenigen kleineren Gruppen, die direkt im Kabinett vertreten sind. Dies sind erstens die republikanischen Sozialisten mit Briand an der Spitze und zweitens die Linksradikalen, deren Führer Loucheur ist. Jede von ihnen hat je drei Vertreter im Kabinett. Beide Gruppen zählen 44 und 42 Stimmen, zusammen also 86, und sichern der Regierung Herriot die unbedingte Mehrheit. Auf sie aber stützt die Opposition ihre Hoffnung eines Sturzes der Regierung Herriot. Zweifellos sind Briand und Loucheur Persönlichkeiten, denen eine scharfe politische Kontur mangelt, es sind Männer der Mitte und des Ueberganges. Sie werden stets genannt, wenn es sich um die Frage eines gemäßigten Kabinetts handelt. Briand weicht in der für Frankreich sehr wichtigen Vatikanfrage stark von der Auffassung Herriots ab. Es ist ohne Zweifel verfrüht, von einer wirklichen Regierungskrise zu sprechen, aber es kann nicht verheimlicht werden, daß auch unter den Radikalsozialisten selber Tendenzen lebendig sind, die nicht immer mit der Führung einig gehen.

Was nun die Opposition anbetrifft, so ist ihre Hauptgruppe die „Union republicaine" mit 103 Stimmen. An zweiter Stelle steht zahlenmäßig die sogenannte „Demokratische Linke", die mit Maginot an der Spitze über 43 Mitglieder verfügt. Zu ihnen kommen noch 14 Stimmen der Demokraten und 38 Stimmen der Linksrepublikaner, zusammen 198 Oppositionsstimmen. Die Opposition ist also vorläufig zahlenmäßig nicht in der Lage, die Regierung Herriot zu gefährden. Dagegen muß allerdings festgestellt werden, daß die jetzige Mehrheit verschiedenartige Tendenzen in sich vereinigt:

Die Sozialisten fordern mit großer Schärfe die Erfüllung der vor den letzten Wahlen gegebenen Versprechungen. Im Vordergrunde ihres Programms steht die Aufhebung der Botschaft im Vatikan, die Trennung von Staat und Kirche im Elsaß, die Ausweisung der religiösen Orden. Gerade hier macht der gemäßigte Standpunkt der Briand-Loucheur-Gruppe sich geltend. Gerade diese Fragen haben das innere Leben Frankreichs außerordentlich erregt. Herriot hat hier unter seinen Freunden und denjenigen, die ihn unterstützen, eine Mittellinie zu finden, eine Aufgabe, die schwer ist.

Unter dieser Einstellung hat man die bevorstehende Auseinandersetzung der französischen Kammer zu betrachten.

Die Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

WTB. **Paris**, 29. Jan. Wie französischerseits mitgeteilt wird, hat Staatssekretär Dr. Trendelenburg den französischen Handelsminister Raynaldy in einem sehr höflich gehaltenen Brief wissen lassen, daß er nach Berlin reise, um seiner Regierung über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen Bericht zu erstatten. Er werde eine Antwort an die französische Regierung anfangs nächster Woche entsenden.

Die heutige Abendausgabe unseres Blattes umfaßt 8 Seiten.

Die große Politik der Gegenwart.

Von Universitätsprofessor Dr. W. Schüßler-Rostock.

Asiatische Probleme.

Während sich für uns Deutsche die ganze auswärtige Politik in der Frage erschöpft, wie wir jemals wieder unsere Freiheit erlangen können, während uns also die Nichträumung von Köln aufs tiefste erregt — ohne daß in Deutschland der Gedanke auftaucht, ob nicht die Fortdauer einer englischen oder sonst drohenden ewigen französischen Besetzung vorzuziehen ist — haben sich in der letzten Zeit auf dem alten asiatisch-russischen Erdteil Ereignisse vollzogen, neben deren Bedeutung das Rheinproblem fast verschwindet.

Die Entfernung Trotzkis aus seinen Aemtern durch die kommunistische Partei ist jedenfalls ein Ereignis von der allergrößten Tragweite. In erster Linie erkennt man jetzt ganz deutlich, daß innerhalb des Bolschewismus ein Zersetzungsprozeß eingetreten war, der noch einmal durch die Beseitigung Trotzkis zum Stillstand gebracht wird, der auf die Dauer aber kaum aufzuhalten ist. Denn hinter dem Gegensatz Trotzki—Sinowjew = Apfelbaum steht die größte Kernfrage des Bolschewismus, ja überhaupt Rußlands: die Bauernfrage, das Agrarproblem. Der Kommunismus Lenins konnte ursprünglich Anhänger nur gewinnen in den dünnen Schichten der städtischen Arbeiterschaft, während die 86 Prozent des russischen Reiches bildenden Bauern genau das Gegenteil des kommunistischen Ideals erstrebten: nämlich Eigenbesitz an Land. Die großen Agrarreformen der zarischen Regierung vor dem Weltkrieg hatten schon einen Teil der Bauern ländlichen Besitz verschafft, und die bolschewistische Revolution brachte der riesigen Masse der Bauern den Besitz des Kirchen- und Adelslandes. Es ist nun das große Problem der von dem Industrieproletariat der wenigen großen Städte getragenen bolschewistischen Regierung, wie sie die vielen neuen bäuerlichen Besitzer, die nichts von „Nationalisierung" wissen wollen, gewinnt. Es ist ein Beweis für die Stärke des Bauerntums, daß an diesem Problem Trotzki gescheitert ist. Die Gegengruppe — Sinowjew — will die Bauern gewinnen, während Trotzki an dem Ausgang der bolschewistischen Revolution festhält, d. h. an der Industriearbeiterschaft als der vornehmsten Stütze der kommunistischen Regierung.

Zunächst bedeutet die Entfernung Trotzkis unstreitig eine Stärkung der bolschewistischen Front und der Parteidisziplin. Ob aber eine solche Bewegung wie die bolschewistische den Verlust ihrer beiden wahren Führer — Lenin und Trotzki — auf die Dauer ertragen kann, ist mehr als zweifelhaft. Der Versuch der neuen Machthaber, Geist, Willen, Energie gleichsam durch Verstärkung der Disziplin zu ersetzen, dürfte schließlich scheitern. Denken wir an die Werke größerer Menschen der Geschichte, die ihre Schöpfung schwächeren Händen anvertrauen mußten — Cromwell, Napoleon, Friedrich, Bismarck — so ist unser Glaube berechtigt, daß die Entfernung Trotzkis sich später als von epochaler Bedeutung erweisen wird.

Trotz dieser inneren Krise hat das bolschewistische Rußland nach außen hin einen großen Erfolg errungen: der Vertrag mit Japan bedeutet, von außen gesehen — eine sehr bedeutende Stärkung Räterußlands. Vor allem ist die damit vollzogene formelle Anerkennung durch Japan ein großer Erfolg, und anderseits wird das große Ziel des neuen Rußland dadurch der Verwirklichung näher gebracht: einen großen asiatischen Block gegen die angelsächsischen Mächte (England, Amerika) zu bilden, in welchem Moskau der führende Teil sein soll.

Diese neue Asien-Politik ist an sich nichts Bolschewistisches. Schon im 19. Jahrhundert und dann besonders seit der Regierung des letzten Zaren siegte die sog. „asiatische" Schule in der russischen Diplomatie, um erst nach den Niederlagen in der Mandschurei wieder das andere Gesicht zu zeigen, das europäische. Die schwere russische Masse drängt, wenn sie an ein Hindernis stößt, langsam nach der anderen Richtung. Nun ist ja Rußland durch den Ausgang des Weltkrieges und nach dem Verlust der großen westlichen Gebiete (Randstaaten, Polen) durchaus auf Asien verwiesen. Die Verlegung der Hauptstadt von Petersburg nach Moskau ist zu bezeichnend dafür.

Aber Rußland ist vor allem durch die bolschewistische Revolution, auch innerlich möchte man sagen, asiatisiert. Die Revolution bedeutet in gewissem Sinne die gewaltsame Beseitigung der ganzen großen Europäisierungsarbeit der Zaren seit Peter dem Großen. Und dieses innerlich von der europäischen Kultur befreite Rußland kann in ganz anderer Weise asiatische Politik treiben; Sibirien ist die russisch-mongolische Brücke zu der Welt des Ostens, die seit dem Weltkriege in einen Zustand der Gärung geraten ist.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Der Abschluß des russisch-japanischen Vertrages — der kein Bündnis, sondern ein politischer Neutralitäts-Vertrag ist — hat für Japan die große Bedeutung, daß es dadurch den amerikanischen Gegnern zuvorgekommen ist. Nicht nur deshalb, weil China den beiden Vertragschließenden offenbar freundlich ist und so die Gefahr besteht, daß der große chinesische Markt dem amerikanischen Handel zum mindesten eingeschränkt werden kann, sondern vor allem deswegen, weil Japan von Rußland die unendlich bedeutungsvollen Petroleum- und Kohlenkonzessionen in Sachalin und Ostsibirien erhalten hat. Man hat die heutige Weltpolitik der Großmächte mit einem gewissen Recht den Kampf um das Erdöl genannt. Diese Vorteile Japans stehen im engsten Zusammenhang mit seiner Flottenpolitik. Ohne Kohle und Oel gibt es keine Schlachtflotte, also auch kein Ringen um die Vorherrschaft im Stillen Ozean und im fernen Osten. Kein Zweifel: die Vereinigten Staaten haben durch Abschluß des russisch-japanischen Vertrags eine Niederlage in Ostasien erlitten.

Aber auch die andere angelsächsische Weltmacht, England, sieht sich schweren Gefahren gegenüber, und zwar in Indien.

Seit 5 Jahren ist Indien in Gärung und zugleich geeinigt — trotz aller Gegensätze zwischen Hindus und Mohammedanern, trotz aller Kasten und Parteien —; und zwar durch den wunderbaren Mahatma Gandhi, den Messias von Indien. Durch eine geradezu beispiellose Kraft der Persönlichkeit hat er sein Volk gegen die ausbeutende Fremdherrschaft der Engländer geeinigt; aber nicht mit Gewalt will er vorgehen, sondern will durch passiven Widerstand, durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit mit Engländern, gleichzeitig durch Boykott der englischen Industrie-, besonders Textilerzeugnisse, das indische Volk von der britischen Herrschaft befreien. Nun war aber schon lange die Frage, ob es der reinen und großen Persönlichkeit Ghandis gelingen würde, seine Anhänger auf diesem Wege der Nicht-Gewalt, Nicht-Zusammenarbeit, des Nicht-Widerstandes zu erhalten. Gerade jetzt kommt die Nachricht, daß die Swaraj-Partei (d. h. die indische Freiheitspartei) dem alten Führer eine Niederlage bereitete, indem sie erklärte, daß man mit Ghandis Rezepten nicht auskommen könne, sondern daß dem Volke ein aufbauendes Programm mit positiven Zielen gezeigt werden müsse. Der Sieg dieser Partei bedeutet aber zugleich, daß die Zeit des duldenden Ertragens vorüber und daß Indien bereit ist, unter Umständen Gewalt anzuwenden. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß damit eine neue Epoche in der indischen Freiheitsbewegung begonnen hat, daß damit auch für die Türkei, für Aegypten, für alle unterdrückten Völker eine Wendung eingetreten ist und daß sich das britische Reich damit vor die ernstesten Probleme gestellt sieht.

Da die angelsächsische Welt nach wie vor ihr Kabelmonopol besitzt, erfährt Europa nur wenig von diesen Dingen. Die Gefahr, die hier liegt, können wir nur abmessen an den Zugeständnissen, die England seinem französischen Verbündeten — und Gegner macht, und zwar auf Kosten Deutschlands. Die Ereignisse in Moskau, Peking, Tokio, Bombay, Kairo stehen so im allerengsten Zusammenhang mit dem großen europäischen Problem, dem Rheinproblem. Bei dessen Lösung wird sich zeigen, ob England noch eine führende europäische Macht ist, oder aber ob es tatsächlich, wie ja auch Rußland, eine asiatische Macht geworden ist. Daß davon das Schicksal des Deutschen Reiches weitgehend bestimmt wird, ist klar. Daß aber auch umgekehrt Englands Geschick und seine Stellung zu Frankreich durch die Frage beeinflußt wird, ob in Deutschland ein fester nationaler Wille herrscht oder nicht, werden wir in der nächsten Zukunft sehen, wenn das Ruhrabenteuer Frankreichs in seine letzte Phase tritt.

Wann wird der Schlußbericht überreicht?

Erst im März?

WTB. Paris, 29. Jan.

Einige Abendblätter enthalten Nachrichten, die angesichts der bis jetzt verbreiteten Mitteilung, der Generalbericht der Interalliierten Kontrollkommission werde in etwa 14 Tagen vorliegen und alsdann unmittelbar der deutschen Regierung unterbreitet werden, recht seltsam klingen. Es wird jetzt behauptet, daß der Bericht kaum vor März im Besitz der deutschen Regierung sein könne.

Es ist nicht ersichtlich, wer diese Nachricht verbreitet. Da sie fast gleichlautend in einigen Abendblättern steht, muß angenommen werden, daß sie von einer amtlichen französischen Stelle ausgeht.

*

WTB. London, 29. Jan.

Wie Reuter erfährt, wird hier angenommen, daß die deutsche Antwort an die Alliierten die allgemeine Lage nicht irgendwie beeinflussen wird. Es würde seitens der Alliierten jede Anstrengung gemacht werden, um den Hauptbericht der Interalliierten Kontrollkommission zu beschleunigen, so daß die Alliierten in der Lage seien, Deutschland mitzuteilen, was für es noch auszuführen bleibe. Ein weiterer Notenwechsel sei unwahrscheinlich, solange nicht der Bericht vorliege.

*

Der Eindruck der Herriot-Rede in Amerika.

TU. Neuyork, 29. Jan. Die Rede Herriots findet hier das stärkste Echo. „World" fragt, warum man nicht Deutschlands Wünschen nachgegeben habe, ihm die Fälle zu unterbreiten, in denen es der Entwaffnung nicht nachgekommen sein soll. „World" erklärt, die Nichterfüllung dieses Verlangens beeinträchtige die Meinung über den guten Willen der Alliierten und zerstöre viele, im letzten Jahre geleistete konstruktive Arbeit. — Die Zeitungen greifen Frankreich in der Schuldenfrage weiter an. Man hebt hervor, daß Amerika Frankreich vor dem Untergang beschützt habe; daher sei die Haltung der französischen Politiker ohne Beispiel in der Geschichte und eine Undankbarkeit gegenüber dem amerikanischen Volk.

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes.

TU. Genf, 29. Jan.

Der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes trat gestern in Genf zusammen. In seiner ersten Sitzung beschäftigte er sich mit Fragen des unlauteren Wettbewerbs und mit den Maßnahmen zu seiner Bekämpfung. Der wichtigste Gegenstand der Ausschußarbeiten ist der italienische Vorschlag, die Ein- und Ausfuhrverbote aufzuheben. Verschiedene Staaten haben bereits hierzu Stellung genommen. Deutschland hat in seiner Antwort die gespannte Wirtschaftslage des Reiches dargelegt, und eine Reihe schwerwiegender Bedenken gegen die Aufhebung sämtlicher Verbote geltend gemacht. Die Antworten der einzelnen Mächte weichen sehr von einander ab, sodaß sich eine allgemeine Regelung sehr schwer finden lassen wird. Der Ausschuß wird sich ferner mi der Bekämpfung falscher Zolldeklarationen und mit der handelsrechtlichen Behandlung von Ausländern befassen.

Deutsches Reich

Zusammengehen der vaterländischen Verbände.

TU. Berlin, 29. Jan. Der „Telegraphen-Union" wird mitgeteilt: Der Führer des Stahlhelm, Franz Seldte, der Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, der Vorsitzende des Nationalverbandes deutscher Berufsverbände (Vaterländische Arbeitnehmerbewegung) Fritz Geisler sowie für die Vertreter weiterer christlich-nationaler Arbeitergruppen, der Arbeitersekretär Willi Dietrich, haben zum Zwecke gemeinsamer vaterländischer und sozialer Arbeit eine Zentralstelle in Berlin errichtet.

Das hessische Zentrum zur Erweiterung der Koalition nach rechts.

TU. Darmstadt, 29. Jan. Zwischen dem Zentrum, der Deutschen Volkspartei und dem Bauernbund des hessischen Landtags fanden im Laufe des gestrigen Tages Besprechungen über die Regierungsbildung mit Rücksicht auf die von den Sozialdemokraten und Demokraten gefaßten Beschlüsse statt. Die „Telegraphen-Union" erfährt hierzu, daß eine grundsätzliche Verständigung zwischen den drei Fraktionen erzielt wurde. Die definitiven Beschlüsse sollen heute nachmittag in eingehender Aussprache gefaßt werden. Das Zentrum steht, wie von maßgebender Seite verlautet, auf dem Standpunkt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts unbedingt stattfinden müsse im Gegensatz zu dem gestern gefaßten bekannten Beschluß der demokratischen Fraktion.

Der Protest des thüringischen Landtages gegen den Kölner Vertragsbruch.

WTB. Weimar, 28. Jan. Der Landtag von Thüringen beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit einem Antrag der Nationalsozialisten, die Nichträumung der Kölner Zone betreffend. Die Vertreter sämtlicher bürgerlicher Parteien äußerten sich zustimmend zu dem Antrag, ebenso Staatsminister Dr. Leuthäußer, der auf die große Erregung hinwies, welche die Nichträumung hervorgerufen habe. Es sei unverantwortlich von der Entente, die deutsche Abrüstung zu bestreiten. Der Minister gab den Gefühlen herzlichen Dankes gegenüber der bedrängten Bevölkerung im besetzten Gebiete noch besonders Ausdruck.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Fröhlich führte u. a. aus, der Antrag sei geeignet, die Spannung zwischen Deutschland und der Entente zu verschärfen (!) und bedeute deshalb keinen Weg, der Bevölkerung im besetzten Gebiete zu helfen. Man müsse versuchen, alles durch Verständigung zu erreichen. Auch zur Aufrollung der Schuldfrage sei jetzt nicht der geeignete Zeitpunkt (!). Ein kommunistischer Redner sprach von einem verlogenen Protestrummel (!). Die Abstimmung über den Antrag findet in einer späteren Sitzung statt.

Verschiedene Meldungen

Deutsche Sachlieferungen für Frankreich.

E. Paris, 29. Jan. (Eig. Dienst des K. T.) „Journée Industrielle" teilt mit, daß auf Grund des Sachlieferungsabkommens 4000 Eisenbahnwagen in Deutschland bestellt würden, wovon 700 Wagen für die französische Nordbahn bestimmt seien. Diese Meldung hat in Kreisen der französischen Waggonindustrie eine gewisse Erregung hervorgerufen.

Propagandareisender der Regierung Herriot.

E. Paris, 27. Jan. Der „Eclair" glaubt zu wissen, daß Franklin Bouillion nächstens mit einer Sendung nach den Vereinigten Staaten gesandt werde, um den französischen Standpunkt bezüglich der Nichtentwaffnung Deutschlands auseinander zu setzen und ein Urteil Amerikas über die Regelung der Kriegsschuldenfrage zu verlangen.

Eine sozialistische Vermittlungsaktion im Danziger Konflikt.

WTB. Danzig, 29. Jan. Wie die „Danziger Volksstimme" meldet, haben die sozialistischen Parteien Danzigs und Polens nunmehr direkte Verhandlungen aufgenommen, um wirksamer für eine Verständigung zwischen Danzig und Polen arbeiten zu können. Am Sonntag und Montag waren mehrere Vertreter der Sozialdemokratie aus Warschau in Danzig und verhandelten mit den Danziger Parteiinstanzen über den Konflikt. Es wurde beschlossen, über die Verhandlungen folgenden offiziellen Bericht auszugeben: „Vertreter der T.P.S. aus Warschau und Vertreter der sozialistischen Partei Deutschlands mit Danzig traten am 26. Januar 1925 in Danzig zu einer Konferenz zusammen und stellten ihr Einvernehmen in folgenden Fragen fest: 1. Die Verträge zwischen Danzig und Polen sollen dem Wortlaut und dem Geiste nach gegenseitig respektiert werden. 2. Jede Aktion, die die Beziehungen zwischen beiden Staaten stören könnte, sind wir entschlossen, entschieden abzuwehren. 3. Wir sind weiter entschlossen, alles zu tun, was geeignet wäre, die gegenwärtig gestörten Verhandlungen zwischen Polen und Danzig einer Gesundung entgegenzuführen und in diesem Sinne auf die Regierungen einzuwirken.

Ein Attentat auf den ungarischen Reichsverweser.

WTB. Budapest, 29. Jan. Gestern abend wurde auf der Eisenbahnstation Becses in der Nähe von Budapest gegen den Salonwagen des Reichsverwesers Horthy ein Revolverattentat verübt. Beim Halten des Zuges fiel aus einem in der Nähe befindlichen Bauernhaus ein Revolverschuß, der den zweiten Salonwagen Hortys traf. Horty ist nicht verletzt worden. Er ist inzwischen in Budapest eingetroffen. Die sofort aufgenommenen Ermittelungen führten noch nicht zur Feststellung des Täters.

Das Budget Amerikas.

E. Washington, 27. Jan. (Eigener Dienst des K. T.) Präsident Coolidge hielt am Montag abend eine Rede, die durch Radio eine große Verbreitung erfuhr. Er teilte mit, daß nach Schätzung der Regierung das Budget des Jahres 1925/26 mit einem Einnahmeüberschuß von 373 Millionen Dollar abschließen werde. Dieses Ergebnis werde nicht durch die Reduktion der Gehälter der Beamten erzielt werden, sondern durch die Herabsetzung ihrer Zahl, sowie durch eine auf der ganzen Linie durchgeführte strenge Sparpolitik. Es werde trotzdem möglich sein, im nächsten Budgetjahr die Steuern herabzusetzen.

Marokko.

WTB. Paris, 29. Jan. Nach einer Meldung des „Journal" aus Madrid hat das spanische Kriegsministerium aus Marokko die Nachricht erhalten, daß heftige Kämpfe zwischen Raisuli und Abd-el-Krim stattgefunden haben, in denen Raisuli und einer seiner Führer von Abd-el-Krim gefangen genommen worden seien. Die spanischen Behörden hätten strengste Maßnahmen ergriffen, um eine Rückwirkung auf die Lage der spanischen Truppen zu vermeiden.

Himalajaflug eines englischen Fliegers.

TU. London, 29. Jan. Der englische Flieger Cobham ist gestern nach einem erfolgreichen Flug über den Himalaja nach Kalkutta zurückgekehrt. Hierbei war er bis zu einer Höhe von 50 000 Fuß aufgestiegen.

Im Kätchen von Heilbronn.

Von

Ella Mutter (Zell a. H.).

Nein, nein, ich meine kein Kaffee zum Kätchen von Heilbronn. Vom wirklichen, lieblichen Heilbronner Kätchen des Heinrich von Kleist will ich sprechen.

Wieder einmal war ich in Karlsruhe. Ich hatte mein Töchterchen mit und das Kätchen wurde gegeben. So wollte ich meine alte Erinnerung auffrischen und meiner großen Kleinen etwas Schönes zeigen. Mein Töchterchen ist sehr jung, ich noch nicht alt, und wir lachen beide gern. Ob nun das schuld war, daß wir im „Kätchen" soviel lachten, wie ich noch in wenig Lustspielen gelacht habe. Das Spiel begann.

Gerade ist die erste Szene zu Ende und das Behmedunkel wird zwecks Verwandlung ganz Nacht, da tönt hinter mir eine Stimme: „Ha, was mache denn die heut', jetzt hab' ich grad emal fescht gucke wolle, jetzt mache se 's Licht ganz aus, so en Onsinn!"

Meine junge Begleiterin sitzt links von mir, ich kriege von links einen sanften Ellenbogendruck und wir schauen uns belustigt in die Augen.

Das Spiel geht ohne Randbemerkung weiter. Wenn man das leise Knistern von Papier und Schokoladeduft nicht als Randbemerkung gelten lassen will.

In der Pause, kaum daß es hell geworden, tönt dieselbe Stimme: „Die dohine butzt elleweil ihre Fieß an meim neie seidene Kleid ab." Trotz des abmahnenden Ellenbogendruckes von links muß ich ein klein wenig nach rückwärts schauen. Sie, ich meine die Besitzerin der Stimme, hat wirklich ein neues, seidenes Kleid an. Sie hat auch gut gebrannte Haare und kaum, daß ich umblicke, legt sie mir eine muskelstarke, fettgepolsterte, reich mit Ringen verzierte Hand zutraulich auf die Schulter: „Das isch jetzt grad, wie wann ich mei Fieß do hinne uff ihren Klappsitz stelle dät. Mer muß doch im Theater a e bießle anständig sei, net?"

Sie sagt mir das mit anständig lauter Stimme und ich nicke ihr schnell beruhigend zu, dann schaue ich, mit einem Seitenblick auf das lächelnde Profil links, wieder ins Parterre.

Das Spiel geht weiter. Diesmal mit Wurst- und Schinkenbrotparfüm.

Im Toilettenzimmer Kunigundes findet die Stimme: „Die isch doch schon sei frisiert, was braucht dann die noch alleweil an ere rum stecke."

In der Herberge entzückt sie sich über den Rheingraf: „Des isch en gelungener Kerle, grad wie feller mit em Stelzfuß im Götz von Berlichingen. Gell, der Götz von Berlichingen isch e Operett?" Neben ihr antwortet eine heisere Stimme etwas unwillig: „Nein!" „Ha, du hasch doch g'sagt sell wär e Operett!" Die zweite Stimme noch unwilliger: „Nein, du weisch es nimmer recht!" „Ha jo, 's kann ja auch e Luschtspiel sei."

Von der dritten Pause bis zum Schluß beherrschen Orangen und Kognakbohnen das Duftfeld, auch etwas Cachou ist zu spüren.

Die feuerfarbene Kunigunde mit ihren grotesken Sprüngen nach dem Bad entsetzt sie sehr und: „Mer sieht halt was e gut's Korsett aus em Mensch mache kann."

Die zweite Stimme ist meistens in Schweigen gehüllt. Vielleicht ist ihr Besitzer mit Essen beschäftigt. Immer von Bemerkung zu Bemerkung krieg' ich einen Ellenbogendruck von links und es geht so ein sachtes Schütteln über uns beide hin. Bekanntlich muß man nie mehr lachen, als wenn man nicht sollte und dabei noch zu zweit ist.

Den ganzen Abend freute ich mich auf die Hollunderstrauchszene. So viele Jahre war mir die herzinnige Lieblichkeit dieser Szene vorgeschwebt, und einen Augenblick bin ich enttäuscht, weil das Bild nicht mehr so ist, wie es damals war; aber dann nimmt mich der alte Zauber gefangen und ich finde ihn verstärkt durch das neue Bild und durch die Beobachtung, wie es auf mein Kind wirkt. Der Ritter von Strahl geleitet das Kätchen mit Zartheit von der Bühne und die Stimme bemerkt: „Du werscht sehe, der heirat 'se!"

In der letzten Pause sagt die Stimme: „Du, jetzt gehn mer awer widder mol in e Luschtspiel. Weischt, der Anton hat g'sagt, in Frankfort hawe sie so e schenes gewe, wenn des emol hier gewe wird, weisch en Mohr isch drin. Wie heißt's nor, wart mol e bißle — — — Stille — — — jetzt haw es, Ottole und de Mona."

Wir konnten nichts dafür. Zuerst prustet meine linke Nachbarin, dann ich. Zum Glück habe ich einen harmlosen Brief im Täschchen, in den gucken wir beide krampfhaft hinein, als ob er die köstlichsten Witze enthielte.

Der Kaiser vertraut sein Geheimnis den vier, d. h. drei Wänden und dem Publikum. Die Stimme monologisiert: „Aha, der schwitzt so, daß er die Kron' runter nemme muß, nei isch des einer, eso einer; aber so sin se!" Da sagt die zweite Stimme wütend: „Sei still!"

Die Schlußszene mit dem Brautzug entwickelt sich, und wie das Kätchen erscheint, triumphiert die Stimme: „So, jetzt werd die ander entlarvt!"

Nachher verläßt man den Zuschauerraum und ich höre die Stimme noch erklären, daß sie jetzt aber tüchtig Durst bekommen und noch ein gutes Gläschen Wein trinken möchte. Auch die zweite Stimme gibt dazu durchaus Beifall.

Die Besitzerin der Stimme zieht über ihr Seidenkleid einen prächtigen Pelzmantel. Sie schaut mich ein wenig schief an. Ich fürchte, die Hausbackenheit meines vor-, vorjährigen Mantels hat ihren Beifall nicht gefunden.

Aus dem Pforzheimer Kunst- und Kulturleben.

Mehr als dem eingeborenen Pforzheimer fällt es dem Fremden auf, wie sehr Pforzheim eigentlich schon amerikanisiert ist. Aeußerlich drängt schließlich die Anlage der Stadt auch zu dieser Entwicklung hin, denn der Kern Pforzheims, an dem baukünstlerisch ohne ganz durchgreifende Maßnahmen doch nicht mehr viel zu retten ist, scheint als geschäfts- und hier sogar als industrieanfangende „city" geradezu vorbestimmt zu sein, während die umliegenden lieblichen Höhen zu städtebaulich einwandfreien und sehr gesunden Wohnvierteln und Siedlungen ausgebaut werden können, wozu ja auch schon ein mehr oder minder glücklicher Anfang gemacht ist. Noch kämpft die deutsche Seele mit dem amerikanischen Geist um die Herrschaft. Wer wird siegen? Betrachtet man die schönen Neubauten mächtiger Fabriken, die von den oft so scheußlichen Zweckbauten Amerikas und Englands doch sehr im guten Sinne abweichen, darf man hoffen, daß die deutsche Seele mit ihren Schönheitsbedürfnissen doch nicht ganz unterliegen wird, zumal sie ja in den unzähligen Vereinen durch deutsches Lied und deutsches Bier vorerst noch stark gestützt wird. Aber eine Amerikanisierung auch des Geistes läßt sich doch feststellen, sogar schon bei den Schülern, die in der Regel nur für das sofort praktisch verwertbare Wissen Sinn haben und gleich von der Untertertia weg zum Geldverdienen, zum „buisneß" streben, um möglichst bald in den Besitz des heißersehnten Motorrades oder gar eines Autos und der sonstigen Zivilisationsgenüsse zu kommen. Dieser ausgeprägte Geschäftssinn läßt sich aber auch in Pforzheim sehr wohl mit einer betonten Religiosität verbinden, die wie in Amerika und England zum Teil in Sekten ihre Befriedigung sucht, und, wie dort, gibt auch hier oft die Heilsarmee dem Straßenbild eine besondere Note.

Vereint mit der unumgänglichen Wegbereiterin modernen Lebens, der Presse, vertreten durch den Schriftsteller- und Journalistenverein, wird am 7. Februar eine Kulturmacht, die bis jetzt in Pforzheim so ziemlich an die Wand gedrückt wurde, die bildende Kunst, zum ersten Mal mit einem großen Fest an die Oeffentlichkeit treten und zwar mit einem Künstler- und Pressemaskenball, der den vielversprechenden Titel: „Die große Spielzeugschachtel" trägt. Was kann da nicht alles hineingesteckt werden an Geist, an Laune und an Schönheit, und es wird nicht daran gespart, dafür bürgt die Künstlerschaft Pforzheims, die unter Führung von Prof. Kling, dem Direktor der Kunstgewerbeschule, der auch das witzige Propagandabild entworfen hat, und Kaufmann F. A. Schütt, als Vertreter des kunstsinnigen Bürgertums, vollzählig mitarbeitet. „Der Traum des Goldschmiedes," eine geistreiche und farbenprächtige Pantomime von Prof. Bert Joho will eine Brücke schlagen zu Pforzheims Industrie, die mit dieser Apotheose, an der reizende Kräfte mitwirken, und mit dieser vornehmen Rache wirklich sehr zufrieden sein kann. Die Entwürfe der entzückenden Kostüme stammen zum Teil auch von der an pikant-graziösen und kühnen Einfällen so reichen Künstlerin Vera Joho und sind zu Nutz und Frommen des Publikums ausgestellt. ... ganz unnötig ist, denn ge-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Staat gegen Stadt.

Auch bei den jüngsten Steuerdebatten im Badischen Landtag traten die Gegensätze zwischen Staat und Gemeinden in der Steuerpolitik wieder zutage. Der Zentrumsabgeordnete Rüger mahnte die großen Städte zur Sparsamkeit, ein sozialdemokratischer Abgeordneter machte sich zum Verteidiger der Städte und ihrer Finanzpolitik. Von einem Mitarbeiter, der im kommunalpolitischen Leben an führender Stelle steht, wird uns zu diesem Thema geschrieben:

Es ist ein alter Erfahrungssatz, daß, wenn der General dem Hauptmann eine Rüge gibt, diese in verstärktem Maße dem Unteroffizier weitergegeben und von diesem in Form von Grobheiten dem einfachen Mann an den Kopf geworfen wurde. An solche Vorgänge erinnert es ein bißchen, wenn jetzt vom Reichstag aus die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden gerügt und von Regierung und Landtag diese Rüge an die Gemeinden weitergegeben wird. In Wirklichkeit sind wir allzumal Sünder! Mehr noch aber als Schuld ist es das Schicksal selbst, das unserem Volke die schwere Zeit beschert und damit auch den öffentlichen Körperschaften ihre Finanzgrundsätze mehr oder weniger diktiert hat.

Man hat in letzter Zeit besonders viel von den Ueberschüssen der Städte gehört. Nicht nur in der badischen Kammer, sondern auch in der Presse, z. B. in einem durch den Blätterwald gegangenen Artikel des Herrn Abgeordneten Mattes, wird den „badischen Städten" der Vorwurf gemacht, eine Ueberschußwirtschaft auf Kosten der Volkswirtschaft zu treiben. Besonders wird es gerügt, daß die Städte nicht, wie der Staat, seine Steuern heruntergesetzt habe.

Eine sachliche Prüfung dieser Dinge ergibt zunächst die Verkehrtheit, von den Städten im allgemeinen zu sprechen. Die Verhältnisse sind da viel zu verschieden, als daß man gleichmäßig alle über einen Kamm scheren kann. In den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mattes ist darauf hingewiesen, daß der badische Staat sehr erhebliche Mehreinnahmen durch Ueberweisungssteuern des Reiches in diesem Jahre bekommt. Diese Mehreinnahmen betragen nach seiner Mitteilung 13½ Mill. Mark; der Staat habe deshalb von der badischen Grund- u. Gewerbesteuer 5 Millionen Mark zugunsten der Steuerzahler abgesetzt.

Es ist richtig, daß einzelne große Städte sehr viel mehr Reichssteuern überwiesen bekommen, als sie erwartet haben. Für die große Zahl der Städte trifft das aber nicht zu. Leider ist ja der Verteilungsschüssel, nach welchem die Reichssteuern unter die Städte verteilt werden, durchaus nicht so, daß allen Städten Recht geschieht. Dieser Schlüssel, der nicht von den Städten gemacht worden ist, sondern von Reich und Land, führt vielmehr zu Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten, die schon lange der Stein des Anstoßens für die Städte sind. Eine große Anzahl kleinerer Städte hat an Einkommensteuern in diesem Jahre noch nicht einmal soviel überwiesen bekommen, als die betreffende Stadt im Jahre 1914 selbst an Einkommensteuern erhob, z. B. Schopfheim, Radolfzell, Gaggenau, Furtwangen und andere. Die Städte über 10 000 Einwohner bis zu etwa 50 000 haben ungefähr ¼—½ mehr Einkommensteuer erhalten, als sie im Jahre 1914 erhoben, die wenigen großen Städte des Landes durchweg erheblich mehr. In den preußischen Großstädten ist dieses Verhältnis noch grasser. Während einzelne Großstädte dort das 2—3fache der Einkommensteuereinkommen von 1914 erhielten, sind die kleineren und mittleren Städte nicht besser daran als in Baden.

Wenn man also von der Finanzgebarung der Städte sprechen will, so muß man sich klar sein, daß hier die gröbsten Unterschiede bestehen, und daß, solange die Städte Kostgänger des Reiches und der Länder sind, gerechte und klare Grundsätze niemals möglich und die schärfsten Ungerechtigkeiten an der Tagesordnung sein werden. Die Herren vom Reichstag und Landtag, welche die Städte kritisieren, mögen zuerst einmal dafür sorgen, daß die Städte wieder selbständige und freie Finanzkörper werden, die ihre Steuern, wie in früheren Zeiten, unter voller Mitverantwortung der Bürgerausschüsse erheben können. Dann wird schon von selbst dafür gesorgt sein, daß nirgends eine Ueberschuß-Wirtschaft eintritt.

Bei der Kritik der Städte muß man aber auch beachten, daß die Nachkriegszeit eine wesentliche Verschiebung der Finanzlage innerhalb der öffentlichen Körperschaften gebracht hat. Der badische Staat hat im Jahre 1913 aus Einkommensteuern rund 24 Millionen, aus Vermögenssteuern rund 13 Millionen genommen, also 37 Millionen aus diesen beiden Hauptsteuern erhalten. Er erhält heute aus der Einkommensteuer 40, aus der Vermögenssteuer ebensoviel, zusammen 80 Millionen. Die Gemeinden haben 1913 aus der Einkommensteuer 18, aus der Vermögenssteuer 30 Millionen gezogen, zusammen also 48 Millionen; im Jahre 1924 erhalten sie von der Einkommen- und Körperschaftssteuer 40 Millionen und aus der Vermögenssteuer etwa den gleichen Betrag, zusammen also etwa 80 Millionen. Die Belastung durch diese Steuerarten hat also beim badischen Staat um 54 Proz., bei den Gemeinden um 40 Proz. zugenommen.

Wenn der Staat von seiner Vermögenssteuer nun 5 Millionen nachläßt, so stellt er damit nur ungefähr das Verhältnis wieder her, in dem er im Jahre 1913 zu den Gemeinden stand. Ob nun ein Grund vorliegt, daß der Staat sich auf diesen Nachlaß sehr viel zugute tut, nachdem die Vermögenssteuer offenbar zu reichlich von ihm angesetzt worden war, bleibe dahingestellt. Rein praktisch gesprochen ist es aber verkehrt, bei den Gemeinden ein ähnliches Verfahren anzuregen. Denn die Steuertermine sind bei den Gemeinden andere als beim Staat und eine große Anzahl Steuerzahler haben bereits ihre ganze Jahressteuerschuldigkeit an ihre Stadt bezahlt. Es ist für die Städte nicht so leicht wie beim Staat, mitten im Wirtschaftsjahr und noch dazu im letzten Viertel am Steuerfuß eine Aenderung vorzunehmen. Viel praktischer wird es sein, am Ende des Wirtschaftsjahres den sich etwa ergebenden Ueberschuß für den nächsten Voranschlag nutzbar zu machen und entsprechend den Steuerfuß im nächsten Wirtschaftsjahr niedriger zu halten. Man sollte das Vertrauen zu den Stadträten und Bürgerausschüssen haben, daß sie von selbst hier nach dem Rechten sehen.

Gl.

Die gerichtliche Untersuchung der Finanzskandale.

Berlin, 29. Jan.

Nach Beilegung der noch bis zuletzt bestehenden Differenzen ist heute der Vertrag über die Bildung einer Treuhandgesellschaft zur Uebernahme der Werte des Barmatkonzerns von den in Frage kommenden Parteien unterzeichnet worden. Treuhänder sind, wie bereits gemeldet, Justizrat Dr. Waldschmidt und Kommerzienrat Manasse. Die Vertreter der als Gläubiger interessierten Behörden sowie der Gebrüder Barmat werden noch bestimmt werden. Grundsätzlich ist den Barmats ein Mitbestimmungsrecht bei der Verwertung der von der Treuhandgesellschaft zu übernehmenden Werke und sonstigen Bestandteile des in- und ausländischen Vermögens der Gebrüder Barmat zugesichert worden. Aufgabe der Treuhänder wird es zunächst sein, die Lebensfähigkeit der verschiedenen zum Barmatkonzern gehörenden Betriebe zu prüfen und eine Entscheidung darüber zu treffen, welche Werke eventuell abzustoßen sein werden.

Im übrigen nimmt die Untersuchung im Falle Barmat ihren Fortgang. Augenblicklich sind die Bücherrevisoren, die in den letzten Jahren die Bücher der verschiedenen Betriebe des Konzerns in Berlin und im Reich geprüft haben, an der Arbeit, um über ihre dort getroffenen Feststellungen einen Bericht abzufassen. Die Vernehmungen des Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann und des bisherigen Reichspostministers Höfle durch den Untersuchungsrichter sind vorläufig beendet. Zu der Meldung, daß noch Ermittelungen darüber schweben, ob Julius Barmat der Kantine der Staatsbank aus Holland Liebesgabenpakete überwiesen hat, erklären Aufsichtsrat und Vorstand des Staatsbank-Wirtschaftsvereins, daß mit Julius Barmat oder einer Firma des Barmatkonzerns keinerlei geschäftliche oder sonstige Verbindungen bestanden haben oder bestehen. Ebensowenig habe der Staatsbank-Wirtschaftsverein von Julius Barmat oder einem anderen Angehörigen der Familie Barmat oder von einer Firma des Barmatkonzerns oder einem Angestellten Liebesgabenpakete oder irgendwelche andere Zuwendungen mittelbar oder unmittelbar erhalten.

In den letzten Tagen ist nunmehr auch die Affäre Holzmann, die ja den Ausgangspunkt zum Fall Kutisker und letzten Endes auch zum Fall Barmat gebildet hat, wieder in Fluß gekommen. Sowohl Holzmann wie Kutisker sind wiederholt vom Untersuchungsrichter vernommen worden. Ebenso steht eine eingehende Vernehmung des ehemaligen Chefs der Berliner Fremdenpolizei, Regierungsrat Bartels, bevor.

Leipziger Kommunistenprozesse.

WTB. **Leipzig**, 28. Jan.

In dem Prozeß gegen die Siegerländer Kommunisten wurde vom 4. Strafsenat des Reichsgerichts heute nachmittag das Urteil verkündet. Der Hauptangeklagte Jüngst erhielt 4 Monate Gefängnis und 1000 Mk. Geldstrafe, der Angeklagte Schramm 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500 Mk. Geldstrafe, der Angeklagte Krämer 3 Jahre 6 Monate Gefängnis, 600 Mk. Geldstrafe, der Angeklagte Becker 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, 500 Mk. Geldstrafe. Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen von 1 bis 2 Jahren und entsprechende Geldstrafen.

Die Verurteilung erfolgte wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik in Tateinheit mit Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, bei einigen Angeklagten in Tateinheit mit Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, sowie wegen Diebstahls. Ein besonders schwerer Fall im Sinne des Republikschutzgesetzes wurde bei keinem Angeklagten angenommen.

Im Hochverratsprozeß gegen drei württemberger Kommunisten verurteilte der süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofes den Hilfsarbeiter Willy Schmidt zu zwei Jahren Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe. Der Hilfsredakteur Rudolf Podubecky erhielt ein Jahr und sechs Monate Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe, der Bandagist Walter Tätig ein Jahr Gefängnis und 150 Mk. Geldstrafe. Die Geldstrafe wurde bei Schmidt, ferner bei Podubecky zehn Monate und bei Tätig zwei Monate der Freiheitsstrafe als durch die Untersuchungshaft verbüßt erklärt.

Badische Politik

Rückforderung der Finanzhoheit. — Ein Zentrumsantrag im Haushaltungsausschuß.

dz. **Karlsruhe**, 29. Jan. Im Haushaltsausschuß des Badischen Landtages wurde bei der Beratung eines Zentrumsantrages, der den Ländern und Gemeinden das Recht der Erhebung von Zuschlägen zur Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer zurückgeben soll, ein Zusatzantrag, ebenfalls vom Zentrum gestellt, der verlangt, daß den Ländern ihre eigene Finanzhoheit und Finanzverwaltung zurückgegeben werden solle. Die beiden Anträge kamen jedoch noch nicht zur Erledigung, da den Fraktionen erst Zeit zu ihrer Beratung gegeben werden soll. Der Finanzminister gab dabei der Ansicht Ausdruck, es sei nur eine schrittweise Zurückeroberung der Finanzhoheitsrechte ratsam. — Angenommen wurde u. a. ein Zentrumsantrag, der für die Notgebiete in Baden ganzen oder teilweisen allgemeinen Nachlaß der gestundeten Steuerbeträge fordert.

Nachspiel zur Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg.

Von zuständiger Stelle wird uns mitgeteilt: Nachdem durch Berichte der Tagespresse, durch Ohrenzeugen und durch ein Schreiben des akademischen Senats an die Unterrichtsverwaltung offenkundig geworden war, daß die Festrede des ordentlichen Professors Freiherrn Marschall von Bieberstein bei der Reichsgründungsfeier der Universität Freiburg schwere Ausfälle gegen den heutigen Staat und einzelne seiner Repräsentanten enthalten hatte, hat das Unterrichtsministerium von dem Redner das Manuskript eingefordert. Professor Freiherr von Marschall hat es abgelehnt, dieser Forderung nachzukommen. Hierauf ist gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Badisches Gesetz für Beamtensiedlung?

Das Heimstättenamt der deutschen Beamtenschaft hat gemeinsam mit dem Badischen Baubund G. m. b. H. in Karlsruhe und den Spitzenorganisationen der Badischen Beamten und Lehrer eine Eingabe an den Badischen Landtag gerichtet, in der sofortige Maßnahmen zur Schaffung eines Badischen Gesetzes für Beamtensiedlung im Sinne der Beamten-Siedlungsverordnung des Reiches verlangt werden. Mit letzterer hat man im Reiche so gute Erfahrungen gemacht — über 2000 Heimstätten wurden auf ihrer Grundlage in den letzten 6 Monaten finanziert —, daß deren Uebertragung auf Baden für die Badischen Staatsbeamten und Lehrer eine dringende Forderung ist. Hier ist ein Weg sozialer Hilfe gezeigt, der nicht nur den beteiligten Beamten zugute kommt, sondern durch seinen Einfluß auf den allgemeinen Wohnungsmarkt zur Linderung der Wohnungsnot beiträgt und so der Gesamtheit des Volkes Segen bringt.

„Deutsche Heimat"
Noch nie dagewesene Luxus-Ausstattung
Wunderb. Mehrfarbendrucke Interessantester Inhalt
Novellen Neueste Moden
Bestes Kunstdruckpapier Erscheint monatlich
Pro Nummer nur Mk. 1.—. Für Porto und sorgfältige Verpackung Mk. 0.25 extra). Bestellen Sie sofort zur Probe die Februarnummer. Nachnahmebestellungen werden nicht ausgeführt.
Irmengard-Verlag G. m. b. H.
Berlin W 35, Kurfürstenstr. 48.
Fernsprecher: Nollendorf 4005. 5887/88. 7040/41.
Postscheckkonto Berlin NW. 7. Nr. 42196.

rade um die Garderobefrage, — es wird Kostüm oder Gesellschaftsanzug verlangt — tobt in den Zeitungen ein ganz fürchterlicher und mit allen Schattierungen der Gefühle geführter Kampf. Daß keine Demaskierung verlangt wird, ist sowohl interessantes Risiko wie auch Prüfstein für gute Erziehung, für Kultur. Dieses Künstler- und Pressefest wird allseits als großes Ereignis und verheißungsvoller Anfang gewürdigt und gewertet. — Die Karten für Pforzheim sind ausverkauft! — Und dabei ist wirklich kein Mangel an Maskeraden, die immer überfüllt sind, — die Menschheit will anscheinend die 10 Jahre entgangener Verrücktheit gründlich nachholen — und vielleicht wird sogar Prinz Karneval seine Purzelbäume noch über den Aschermittwoch hinausschlagen, wenn ihm nicht ein moralisches Gitterlein vor die Nase gesetzt wird. Ein besonders geschäftstüchtiger Verein brachte es sogar fertig, sein Eintrittsgeld mitten im Verkauf an der Abendkasse von 3 auf 5 Mark zu erhöhen mit der sehr logischen Begründung, der Saal sei voll, wer noch mitmachen will, müsse 2 Mark mehr bezahlen.

Schon fest hinein in die lustige tanzbeinbeschwingte Fastnachtszeit führte die Stephansfeier des Volkschors, der sich die temperamentvolle Olga Mertens-Leger mit ihrer Ballettschule unter den Christbaum bestellt hatte, während Felix Baumbach durch eine bewundernswerte und durch nichts zu erschütternde Anpassungsfähigkeit glänzte und noch lange in seinen Witzen weiterlebte. Die Tanzschule Herion aus Stuttgart suchte im leeren Theater Stimmung für sich zu machen, was ihr aber wegen meist unzulänglicher Leistungen nicht gelang. Was den jungen Tänzern und Tänzerinnen vielleicht als Ziel vorschwebte, wurde durch Sent M'Ahesa, die auf Veranlassung der Volksbühne tanzte, verwirklicht. Ein sehniger Körper, ein medusenhaftes Antlitz und scharf betonte, stilisierte Bewegungen, mit denen sie sich gleichsam auf den Musiktakten entlang tastet, charakterisieren diese in ihrer Art sicher vollendete Tänzerin, die aber auf die Dauer doch etwas eintönig wirkt, ungefähr wie ein Band Stefan George'scher Gedichte, den man auf einmal liest. Das empfanden auch meine schönen Nachbarinnen, die sich deshalb umso eingehender mit Kostümen der Künstlerin befaßten und sie auf ihre Kopierfähigkeit für Maskenbälle untersuchten: „Du, des isch schlau," meinte da einmal die eine begeistert, „des kannsch ganz leicht nachmache, des sin ja numme e paar Franse." Wie ganz anders, ungezügelter, wilder, blutvoller und ganz aus den elementaren Tanzinstinkten eines leidenschaftlichen und unverbrauchten Volkes heranbrausend war der Tanz, den das Russische Romantische Theater bot. Weniger in der „Jagd der Diana," die mehr die welke Blüte einer überlebten Tanzkultur war, als in der „Bojarenhochzeit" mit ihrer überwältigenden Farben- und Kostümpracht, und dann ganz besonders in: „Gudals Festgelage" mit der rassig schönen Else Krüger und in der trotz allen rasenden Lebens unheimlich gespenstischen „Andalusiana," in der sich zu der Bizet'schen Musik Impressionen jagten, farbenrauschig und voll zuckenden Lebens, wie sie ein Goya nicht genialer hätte hinwerfen können.

Obgleich die russische Kunstinfasion allmählich beängstigende Formen annimmt, — auch in dem für hiebhaber einer intimen Kunst nur zu empfehlenden Trocadero-Kabarett treten zur Zeit russische Tänzerinnen auf — muß man Direktor Müller sehr zu Dank verpflichtet sein, daß er Pforzheim die Bekanntschaft mit diesen erstrangigen Künstlern vermittelte. Und noch umso mehr ist sein Unternehmungsgeist anzuerkennen, da sein Reich durch die beständigen offenen und schleichenden Krisen dauernd wackelt und über Nacht einstürzen kann. Nachdem nun die Stadt tränenden Auges nachgegeben hatte, — daß der Lichtverbrauch nicht gesetzlich geregelt ist, war noch ein schweres Hindernis, obwohl Direktor Müller die Wandelhalle meist schon in Dunkelheit setzen läßt, bevor es nach den Pausen überhaupt richtig ausgeläutet hat — macht nun wieder der Besitzer des Hauses Schwierigkeit, der sich jetzt gestützt durch eine aus ihrer Reserve heraustretenden Kinogesellschaft breitbeiniger hinstellen und auftrumpfen kann. Ob das nur eine neue Kraftprobe bedeutet, ob das Theater nun wirklich auffliegt, ob die Theaterzüge der Volksbühne nach Karlsruhe zur ständigen Einrichtung und noch vermehrt werden ob das kleine, aber sehr eifrige Mühlacker die Kunst- und Kulturstadt für Pforzheim werden wird, und Pforzheim für immer nur Industriestadt bleiben will, und ob sich die geplante Herrichtung des Saalbaus als Theaterumbau entpuppen wird, das wissen die Götter und vielleicht noch der Stadtrat. Einen guten Griff tat Direktor Müller, als er die nicht mehr junge, aber trotzdem oder gerade deshalb sehr hübsche Operette „Der Obersteiger" von Zeller wieder ans Rampenlicht brachte, obwohl auch schon in ihr deutlich die Keime zu der heutigen verheerenden Degeneration dieser Musikgattung zeigen. „Sei nicht böse, es kann ja nicht sein," so summte es noch im Chorus um einen herum, als man in der fürchterlichen Enge vor der Kleiderablage verzweifelt um seine Garderobe rang, bei welcher Gelgenheit sich einem immer gegen seinen Willen eindrücklichst die Wahrnehmung aufzwängt, daß die Pforzheimerinnen im allgemeinen gar nicht mager sind. Leo Falls „Geschiedene Frau" fand dank der einschmeichelnden Musik, der gefälligen Aufmachung und der ordentlichen Darstellung wieder viele Liebhaber, während „Dolly" durch Häufung von faustdicker und oft widerlicher Erotik oder vielmehr ordinärer geschlechtlicher Aufdringlichkeit mehr als peinlich wirkte, sodaß einem sogar die reichlich zur Schau gestellten nackten Mädchenbeine und die unangenehm süßlichen Eintagsmusikschlager beträchtlich auf die Nerven fielen.

Im Konzertleben ist es natürlich etwas ruhiger geworden: man bedenke doch, bei diesen vielen Bällen! Neben einem Kirchenkonzert in der Brötzinger Christuskirche interessierte besonders ein Vortragsabend, in dem man Gelegenheit hatte, Künstlern mit sehr weitreichenden Verbindungen zu lauschen, die sich sonst auf Welle 443 des Süddeutschen Rundfunks in Stuttgart ihren Hörern vorstellen. Was die Pforzheimer Künstler Clara Günthner-Röhmeyer, Karl Günthner und Musikdirektor Theodor Röhmeyer, sowie der Sprecher Georg Ott boten, läßt es begreiflich finden, daß sie so oft zu den Rundfunkveranstaltungen herangezogen werden. Der Musikverein Pforzheim hatte das Karlsruher Landestheaterorchester zu einem Symphoniekonzert unter Leitung des Charlottenburger Kapellmeisters W. F. Reutz verpflichtet, das wieder unvergleich schön spielte und als gern gesehener Gast mit Recht sehr gefeiert wurde. Einen gleich großen Erfolg bedeutete Beethovens „Fidelio." Da Coriolegis Handverletzung, die er sich in Pforzheim zugezogen hatte, sich verschlimmert hatte, sprang der stets hilfsbereite Kapellmeister Schweppe ein und führte die Aufführung so glanzvoll durch, daß sie ihm einen Sonderbeifall eintrug. Auch die Leistung von Iracema-Brügelmann war sehr anzuerkennen, besonders da sie erst tags zuvor die „Tosca" in Karlsruhe gesungen hatte. Maillarts „Das Glöckchen des Eremiten" gefiel wegen seiner weich flutenden, wenn auch manchmal süßen Musik, obwohl die Aufführung nicht überall einwandfrei war, was allerdings nicht hinderte, daß Anna Rys sich einen Beifall auf offener Bühne ersingen konnte.

Das Karlsruher Schauspiel brachte der Volksbühne „Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann in einer guten Darstellung, wenn auch auf einer kleinen Bühne das überhaupt sehr schwer zu vermittelnde Visionär dieser trotz aller Poesie furchtbaren Kindertragödie sich nicht genügend von den brutal realistischen Scenen lösen läßt. Daß die gerade bei diesem Stücke stets sehr heftig und hörbar einsetzende Rührung sich mit Hilfe von Pralinees viel besser hinunterschlucken läßt, sehe ich ein, aber man sollte sie doch aus einem weniger knisternden und raschelnden Papier herausklauben; das stört nämlich. Beobachtet man übrigens Karlsruhes Künstlerschar ante oder post festum in der Konditorei Wagner oder in der Bahnhofswirtschaft, läßt sich feststellen, daß sie nicht nur einen kulturellen, sondern auch einen wirtschaftlichen und nicht zuletzt, — man beachte einen von Herma Clement präsidierten Tisch — einen ästhetischen Faktor für Pforzheim darstellt, Ludwig Fuldas gemütliche „Jugendfreunde" verbreiteten dank einer vortrefflichen Darstellung heiterste Laune. Werden die „bösen" Frauen von so reizenden Vertreterinnen ihres Geschlechts verkörpert, ist es kein Wunder, daß trotzdem so viele und sonst doch ganz vernünftige Männer den schrecklichen Sturz in die Ehe wagen und wagen würden, wenn . . . ja . . . wenn!

Doch dafür bietet vielleicht das Pforzheimer Künstler- und Pressefest Gelegenheit, womit hiermit die Karlsruher Künstlerinnen, Journalisten und Künstler freundnachbarlichst eingeladen seien.

Dr. D.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Aus Baden

v. **Bulach**, 29. Jan. Am 25. ds. Mts. hielt die Spar- und Darlehnskasse Bulach e. G. m. u. H. im Gasthaus zum „Lamm" hier, ihre diesjährige Generalversammlung ab. Die Entwicklung der erst kürzlich gegründeten Kreditgenossenschaft schreitet rasch vorwärts, ein Zeichen, daß die Einrichtung derselben einem dringenden Bedürfnis entsprach. Der Gesamtvorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Verbandssekretär Heeb vom Verband bad. landw. Genossenschaften Karlsruhe, sprach am Schlusse über die Aufgaben der Spar- und Darlehenskassen. Nach einer sehr ausgiebigen Aussprache trat eine Reihe weiterer Mitglieder der Genossenschaft bei.

wi. **Palmbach**, 28. Jan. Hans Thoma, dem Menschen und Künstler zur Ehre, veranstalteten wir im Palmbacher Schulsaal, an den Weihnachtstagen, eine Gedächtnisschau. Die Kunstdruckerei des Karlsruher Künstlerbundes hatte freundlicher Weise über 50 Original-Lithographien des Meisters zur Verfügung gestellt, daneben auch kleinere Blätter und Postkarten zum Verkauf. Ein Zehner, der zugunsten unseres Gefallenendenkmals erhoben wurde, erlaubte jedem den tannengeschmückten Saal zu betreten. An der Schultafel war ein Selbstbildnis zu sehen, das muntere Mädchenhände mit Tannengrün umrahmt hatten. An den Wänden waren zwei Hauptthemen zu erblicken, die sich aus Thomas Lebenswerk von selbst ergeben. Auf der Stirnwand waren die Bilder aus dem „Leben Jesu", auf der Rückwand die Blätter aus der süddeutschen Heimat. Auf weißgedeckten Tischen lagen die jedem Beschauer unvergeßlichen Köpfe „Ein deutscher Bauer" und der „Alemanne". Humorvolle Tierbilder belustigten die Kinder. Aufgeschlagene Bücher „Im Herbste des Lebens", Thomas Skizzenbuch, Lichtbilder aus seiner Familie, bildeten den Abschluß der kleinen Gedächtnisschau. Wer über des Malers Lebensweg etwas erfahren wollte, fand auf der Rückseite der Schultafel seine schlichte Lebensgeschichte, die in ihrer Einfachheit wohl Thoma selbst befriedigt hätte. Der Erfolg der Bemühung, insbesondere der Schüler, blieb nicht aus. Aus der Umgegend kamen Alt und Jung. Abeschützen und Großväter, Hand in Hand. Ein jeder hatte von Thomas Tod gehört, aber nur wenige hatten von „dem Thoma" etwas gesehen. Der Eindruck der Kunstwerke stellte sich meist von selbst und unmittelbar ein. Im Schulsaal wars eigentlich, trotz des zahlreichen Besuchs, nie so still wie bei Hans Thoma. Das spricht für ihn. Möge sein Genius noch in vielen badischen Schulen zu unserem Volke reden!

dz. **Pforzheim**, 29. Jan. In der Angelegenheit des Schauspielhauses hat der Stadtrat dahin entschieden, daß die Stadtverwaltung keinen Anlaß habe, von dem mit dem Besitzer des Gebäudes abgeschlossenen Vertrag zurückzutreten.

dz. **Mosbach**, 29. Jan. Zum Zwecke der Errichtung einer Autolinie Eberbach—Neunkirchen—Aalasterhausen werden am 1. Februar in Neunkirchen Vertreter aus den fraglichen Gemeinden der Kreise Heidelberg und Mosbach sowie der Reichspost und des Verkehrsvereins Eberbach zur Beratung zusammenkommen.

tu. **Rastatt**, 28. Jan. Im Zusammenhang mit einem Sprengstoff-Fund hier wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

g. **Gernsbach**, 29. Jan. In einer gut besuchten Versammlung des Sparerschutzverbandes sprach in feindurchdachter längerer Rede letzten Sonntag der frühere Karlsruher Oberbürgermeister Dr. Siegrist. Seine Ausführungen wendeten sich insbesondere gegen die unhaltbare dritte Steuernotverordnung und gipfelten in dem mehr als berechtigten Verlangen der Hunderttausenden von Sparer und Hypothekengläubiger, ihnen vor dem neuen Reichstag durch annehmbare Aufwertungsgesetzesbestimmungen einigermaßen Recht zu verschaffen. — Der Verwaltungsrat der Bezirkssparkasse Gernsbach hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den Kreditsuchenden aus der Zahl der früheren Spareinleger insofern entgegen zu kommen, als ihnen für den Fall der Inanspruchnahme eines Kredits ein wesentlicher Zinsennachlaß gewährt werden soll. Dieser Zinsennachlaß soll dann auf die künftigen Aufwertungsansprüche des betreffenden Kunden angerechnet werden. Auch hierbei ist anzuerkennen, daß die Sparkasse kein Mittel unversucht läßt, den alten Sparern in jeder Weise entgegenzukommen.

tu. **Gaggenau**, 28. Jan. Der Gemeinderat bezw. die Ortsschulbehörde haben in der letzten Gemeinderatssitzung den einstimmigen Beschluß gefaßt, von Ostern 1925 an die hiesige Bürgerschule in eine Oberrealschule umzuwandeln.

dz. **Wiesloch**, 29. Jan. Eisenbahninspektor Blum beging sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der hiesigen Nebenbahn.

i. **Wiesloch**, 28. Jan. In der kommenden Bürgerausschußsitzung stehen u. a. folgende Punkte zur Beratung: Die Pflasterung der Landstraße 1 von der Torbrücke bis zum Bahnübergang, deren Kosten mit einem Voranschlag von 33 000 M zu einem Drittel, also 11 000 M, sowie die Kosten zur Herstellung des östlichen Fußgängersteiges mit 7600 M, zusammen also 18 600 M von der Stadt übernommen werden. Der Aufwand wird in den Rechnungsjahren 1925/26 bis 1928/29, innerhalb von 4 Jahren aus laufenden Mitteln, eventuell aus den Jahresüberschüssen gedeckt. — Die Errichtung einer Obersekunda an der hiesigen Realschule von Ostern 1925 ab. Die Gemeinde, die seit 1907 an der Lösung dieser Aufgabe beschäftigt ist, übernimmt den durch Errichtung der neuen Klasse entstehenden persönlichen Aufwand, da das Ministerium seine Zustimmung nur unter der Voraussetzung erteilt hat, wenn die Gemeinde für den entstehenden persönlichen Aufwand einstehe. — Die Aufnahme eines Anlehens bis zu 250 000 M zu möglichst günstigen Bedingungen zwecks Beschaffung von Mitteln zur Unterstützung von Bauliebhabern und zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Bis zur Sicherung eines langfristigen Anlehens soll ein Kredit auf laufende Rechnung bis zu 200 000 Mark aufgenommen werden. — Die Aufnahme eines Darlehens von 65 000 M bei der Girozentrale Mannheim durch die Städt. Sparkasse, um die Kreditansprüche aus landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Kreisen befriedigen zu können, wofür ein genügender Fonds leider noch nicht vorhanden ist.

dz. **Offenburg**, 29. Jan. Gestern ging der Heimatkursus zu Ende, der am Samstag mit einer Begrüßungsansprache durch Oberbürgermeister Holler eröffnet worden war. Nach ihm sprach Schriftsteller Busse-Freiburg über die Zwecke und Ziele des Landesvereins badischer Heimat. Es wurden Vorträge gehalten von Universitätsprofessor Dr. John Meier über das Volkslied, von Universitätsprofessor Dr. Fischer über Familienvererbung und Vererbung, von Universitätsprofessor Dr. Sauer über Kunstdenkmäler in der Ortenau, Universitätsprofessor Dr. Norbert Krebs über Natur und Kulturlandschaft, Universitätsprofessor Dr. Decke über die Geologie der Offenburger Gegend, Universitätsprofessor Dr. Leonhard über das erste Auftreten der Alemannen, von Schriftsteller Busse über Hans Thoma, Pfarrer Heinzmann über Klöster in Offenburg und Prof. Dr. Hübnerkopf über die Geschichte der Handpuppentheater, woran anschließend Handpuppenspiele vorgeführt wurden. Die Vorträge waren durchweg gut besucht.

tu. **Ottersheim**, 28. Jan. Vor einigen Tagen verhaftete die Gendarmerie hier einen ganz geriebenen Schwindler, der angab, ein französischer Deserteur zu sein. In Wirklichkeit handelte es sich aber um den 46 Jahre alten gutdeutschen Artisten Heinrich Möller aus Herne, der seine Rolle aber als Ausländer mit wirklich artistischer Fachkenntnis spielte.

tu. **Krozingen**, 28. Jan. Die Badeanlage in Krozingen, die leider wegen ihres primitiven Zustandes viele Badelustige fernhielt, soll nun in großzügiger und moderner Weise aus- und umgebaut werden. Auch ist beschlossen worden, neue Bohrungen wegen heißer Quellen vorzunehmen.

tu. **Radolfzell**, 28. Jan. Auf der Autofahrt von Konstanz nach Radolfzell erlitt der Schützenwirt Bader und Cafèhausbesitzer Hehnlinger von hier dadurch erhebliche Verletzungen, daß der in rascher Fahrt befindliche Wagen gegen einen Baum stieß und umkippte.

tu. **Stockach**, 28. Jan. (Drahtbericht.) Gestern abend gegen 8 Uhr brach in der Scheune mit Stallung des Gottfried Auer in Zollbruck bei Renzingen auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, das binnen kurzem das Gebäude mit reichen Futtervorräten und allen anderen Fahrnissen einäscherte. Nur das Vieh konnte gerettet werden.

tu. **Müllheim**, 28. Jan. In Bamlach erkrankten zwei Kinder an Genickstarre, von denen eines im Spital von Müllheim gestorben ist. Wie die Obduktion der Leiche durch zwei Freiburger Aerzte feststellte, handelt es sich um tuberkulöse Genickstarre, so daß kein Grund zur Beunruhigung vorliegt. Die Vorsichtsmaßregeln, die Schule zu schließen, ist bereits wieder aufgehoben worden.

tu. **Waldshut**, 28. Jan. Gestern abend verunglückte im Albtal bei Hohenfels der 17 Jahre alte Oskar Huber von Buch bei Waldshut. Er hatte sich beim Holzfällen auf einen Felsen gestellt, rutschte aus und stürzte in die Tiefe. Er war sofort tot. — In Strittmatt wurde ein lediger Steuererheber festgenommen und bei der Staatsanwaltschaft Waldshut eingeliefert. Der untreue Beamte hatte sich Steuerunterschlagungen von mehreren tausend Mark zuschulden kommen lassen.

dz. **Singen**, 29. Jan. Gestern vormittag 11½ Uhr wurde an der Straße Singen—Ülzingen an einem 20jährigen Mädchen ein Raub ausgeführt. Dem Täter fiel die Handtasche mit 30 M und ein Regenschirm in die Hände. Doch konnte er bald darauf in der Person des vorgestern aus dem Kantonalgefängnis in Schaffhausen ausgebrochenen schweizerischen Staatsangehörigen Albert Geisel in Wilchingen festgestellt werden. Geisel wurde am Nachmittag im Bahnhof Singen verhaftet und in das Amtsgefängnis Engen eingeliefert.

tu. **Singen**, 29. Jan. Im Hegau befinden sich bekanntlich im badischen Gebiet württembergische Enklaven, ein Ueberrest von zweifelhafter Vorteilsstellung aus der Zeit der Kleinstaaterei. Zwischen der aufstrebenden und sich ausdehnenden Stadt Singen und dem württembergischen Staat dürfte es über kurz oder lang zu einer Auseinandersetzung in dieser Frage kommen, weil das Ausdehnungsbedürfnis der Industrie der Stadt auf den östlich Singens liegenden, in württembergischer Enklave befindlichen Bruderhof mit seinen ausgedehnten Waldungen stößt.

tu. **Säckingen**, 28. Jan. Die Tochter des Adlerwirtes wollte gestern zu einem Augenarzt nach Freiburg fahren. Kurz nach Abfahrt des Zuges bekam sie einen Schwächeanfall und als sie in Rheinfelden aus dem Zuge getragen wurde, erlag sie kurz darauf einem Hirnschlag.

tu. **Vom Schwarzwald**, 29. Jan. Hat der unnormal trockene Verlauf des letzten Herbstes bereits im Hochschwarzwald sich unliebsam in der Wasserversorgung bemerkbar gemacht, so tut der ebenso ungünstige Verlauf des Winters das Uebrige. Der Rückgang des Wassers macht sich jetzt auch im östlichen Teil des Schwarzwaldes im Donauquellgebiet stark fühlbar, wo die Wasserläufe bis auf ein Drittel ihres Normalwasserstandes zurückgewichen sind. Die Quelle der Donau in Donaueschingen hat in ihrer bekannten Wasserfülle unter dem Einfluß der geringen Niederschlagsmengen ganz erheblich nachgelassen.

Aus der Pfalz

dz. **Landau** (Pfalz), 29. Jan. Im Hotel „Schwan" wurde ein Einbruch verübt. Der Täter, ein Gärtner aus Heppenheim (Hessen), konnte alsbald nach dem Einbruch von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet werden. Die gestohlenen Sachen, u. a. 1060 M., konnten den Eigentümern wieder zugestellt werden.

dz. **Landstuhl**, 29. Jan. Hier ereignete sich in der Nähe von Linden ein schwerer Unglücksfall. Die Arbeiter der Ueberlandzentrale der Pfalzwerke mußten bei Fundamentarbeiten für einen Hochspannungsleitungsmast Sprengungen vornehmen. Da die Explosion der Sprengpatronen nach längerer Zeit nicht erfolgte, wollten der Monteur Maus aus Mannheim und der Elektriker Reinhard Boßle aus Weselberg die Ursache der Verzögerung der Explosion feststellen. Als sie gerade an die Schußstelle gelangt waren, erfolgte die Explosion. Dabei wurde dem Boßle der Kopf und der rechte Arm abgerissen und der Leib vollständig aufgeschlitzt. Der Monteur Maus, dem ebenfalls der Kopf abgerissen wurde, wurde etwa 10 Meter weit geschleudert. Beide sind verheiratet und jeder ist Vater von 4 Kindern. Ein weiterer Elektriker wurde nur dadurch gerettet, daß er von Maus hinweggeschickt worden war in einen nahen Steinbruch, um den Arbeitern mitzuteilen, sie sollten sich jetzt in acht nehmen, es würde eben geschossen.

dz. **Pirmasens**, 29. Jan. In einer Wirtschaft in der Zweibrückenerstraße kam es zu einer schweren Schlägerei. Die Gebrüder Eisenhöfer und August Geisel verletzten den Fabrikarbeiter Jakob Winnwa durch Schlagen mit einem Stock und einem Stuhl derart, daß dieser in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Während des Streites soll auch geschossen worden sein. Untersuchung ist eingeleitet.

dz. **Altrip**, 29. Jan. Im Schifferstadter Wald wurden beim Wildern die Arbeiter Peter Langknecht und Georg Lang aus Schifferstadt ertappt. Dem ersteren wurde ein Gewehr und Munition abgenommen. Durch die von der Gendarmerie vorgenommenen Haussuchungen wurden auch andere Personen hineingezogen und bei einem gewissen Wagner eine frische Rehdecke und ein Militärkarabiner gefunden.

dz. **Freinsheim**, 29. Jan. Auf dem Heimweg von Weisenheim a. Sand nach Freinsheim wurde eine Frau von hier durch drei Burschen, die anscheinend angetrunken waren, belästigt. Als die Frau einem der Burschen eine Ohrfeige versetzte, packte sie dieser, warf sie in den Straßengraben und bearbeitete sie derart mit Fäusten, daß ein Nasenbeinbruch, sowie viele Kratzwunden im Gesicht festgestellt wurden. Die Täter sind bekannt.

dz. **Kirchheim a. E.**, 29. Jan. Die Leiche des vermißten Schulmädchens Luise Deutbert wurde aus dem Eckbachweiher geborgen.

th. **Edesheim**, 28. Jan. Durch Kauf ging das Mühlenanwesen (sogenannte Dorfmühle), welches erst vor etwa 14 Tagen an Herrn Hollrieth von Großfischlingen verkauft wurde, neuerdings an Herrn Anton Rehm, Winzer von hier, um den Preis von 85 000 M über. Der Mühlenbetrieb soll weitergeführt werden.

Aus Nachbarländern

tu. **Immendingen**, 29. Jan. Der württembergische Landeseisenbahnrat hat sich in einer Entschließung dahin ausgesprochen, daß der Ausbau der zweiten Gleise auf den Strecken Stuttgart—Immendingen und Jagstfeld—Osterburken und die Beseitigung der Spitzkehren in Immendingen und Singen mit allergrößter Beschleunigung durchgeführt werden.

Bunte Chronik

Seit wann werden die Häuser in den Städten numeriert? Uns erscheint es als eine Selbstverständlichkeit, daß die Häuser in den Städten mit Nummern versehen sind. So wie die großen Häusermeere heute angewachsen sind, wäre ein Zurechtfinden in ihnen auch garnicht möglich ohne dieses Hilfsmittel. Die Sitte, die Häuser zu numerieren, ist aber noch garnicht besonders alt. Ihr Ursprung liegt nämlich in der großen französischen Revolution und auch damals waren es auch noch nicht verkehrstechnische Erwägungen, die zu dieser Neuerung führten, sondern die damaligen Befehlshaber fingen an die Häuser zu numerieren, um die Steuerverteilung besser durchführen zu können. Man verfolgte aber dabei noch ein anderes Prinzip; man ging nämlich von einem Punkt der Stadt aus und führte die Nummern durch alle Straßen und Distrikte durch, in welche die Stadt eingestellt war.

Die unfahrplanmäßige Haltestelle. „Noch jemand ohne Fahrschein?" fragte kürzlich in einer Stadt des Ruhrgebiets ein Straßenbahnschaffner in einem vollbesetzten Wagen. Das schien einigen kurz vorher aufgestiegenen jungen Burschen, die sich durch laute Fröhlichkeit sehr bemerkbar machten, nicht zu gefallen, lärmten noch mehr und machten keineswegs Anstalten, sich einen Fahrschein zu lösen. Es gab Krach und selbst die Bemühungen von Schaffner und Wagenführer, die Randalierenden an einer Haltestelle auszusetzen, mißlangen, da verschiedene andere Fahrgäste für die Burschen Partei nahmen. Schließlich fuhr man, um keine Zeit zu verlieren, mit ihnen weiter. Da plötzlich bremste der Wagenführer, sprang ab und kehrte einen Augenblick später mit Polizeibeamten zurück, die sich der Radaumacher bemächtigten. Die unfahrplanmäßige Haltestelle war eine Polizeistation.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Donnerstag, den 29. Januar 1925
7 bezw. 8 Uhr früh.

Badische Meldungen.

	Höhe über NN	Luftdruck in Meeresniveau	Temperatur °C 7 Uhr morgens	Max. letzten	Min. nachts	Wind Richtung	Stärke	Wetter	Niederschlag in mm/qm	Schneehöhe cm
Konstanz	563	770.2	3	6	2	SW	mäßig	bed.	0	—
Karlsruhe	120	769.8	7	10	5	SW	schwach	bed.	2	—
Baden	213	770.3	7	8	—	O	leicht	bed.	1	—
St. Blasien	780	—	1	3	1	W	leicht	wolk.	2	1
Feldberg*	1292	658.4	—2	0	—2	SW	frisch	Nebel	4	30

Außerbadische Meldungen.

	Luftdruck i. Meeresniveau	Temperatur	Wind	Stärke	Wetter
Zugspitze*	531.1	—14	W	leicht	heiter
Berlin	768.0	1	SSW	leicht	bedeckt
Hamburg	764.3	0	OSO	schwach	Regen
Kopenhagen	764.9	0	SSW	schwach	wolkig
Stockholm	761.4	—1	Stille	—	bedeckt
Skudenes	756.6	2	SSO	stark	Reg. u. Schn.
Spitzbergen	—	—	—	—	—
Brüssel	768.2	4	WNW	schwach	bedeckt
Utrecht	765.4	4	WSW	mäßig	heiter
Crondon (London)	767.1	3	SSW	schwach	wolkig
Paris	771.4	4	SW	schwach	wolkenl.
Madrid	779.2	0	Stille	—	wolkenl.
Rom	773.4	7	N	leicht	wolkig
Algier	—	—	—	—	—
Zürich	774.3	1	W	leicht	heiter
Wien	772.6	—	W	schwach	bedeckt
Budapest	772.0	2	Stille	—	bedeckt
Sofia	—	—	—	—	—
Prag	771.0	4	WSW	leicht	bedeckt
Warschau	768.0	2	W	leicht	Dunst
Moskau	—	—	—	—	—

* Luftdruck örtlich.

*

Ueber West- und Mitteleuropa ruft ein von Spanien nordwärts bestehendes Druckgefälle milde ozeanische Luftströmungen hervor. Dabei ist es in einzelnen Gegenden zu leichten Niederschlägen gekommen, die nur im höchsten Schwarzwald als Schnee auftraten (Feldberg 2 cm Neuschnee, Gesamtschneehöhe 30 cm). Die Frostgrenze liegt heute früh bei etwa 1000 Meter Höhe. Eine tiefe Zyklone bewegt sich südlich Island ostwärts. Sie verstärkt den Zustrom milder Seeluft, so daß für die nächsten Tage keinerlei Aussichten auf Frost vorhanden sind.

Wetteraussichten für Freitag, 30. Januar. Noch milder, zunächst noch meist trocken, spätere Regenfälle besonders in Nordbaden und stark auffrischende südwestliche Winde, meist bedeckt.

Rheinwasserstände morgens 6 Uhr:

	29. Januar		28. Januar
Schusterinsel	0.35 m		0.26 m
Kehl	1.42 m		1.43 m
Maxau	3.07 m		3.02 m
„	— m	mittags 12 Uhr	3.02 m
„	— m	abends 6 Uhr	3.03 m
Mannheim	1.86 m		1.82 m

Piano v. Berdux Meisterwerke deutsch. Klavierbaukunst Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Piano Ritmüller hundertjährige Erfahrung Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Piano Römhild von Weltruf Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Harmonium Müller Europas größte Harm.-Fabriken Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Flügel Steinberg vorzügliches Fabrikat Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Harmonium Hildebrandt sind hervorragend: Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Piano Goetze Das preiswerte Klavier Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Piano Baldur Weltmarke Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Piano Rosenkranz bekannte Marke Alleinvertretung: Pianohaus Bang Kaiserstr. 167, Tel. 1073 Salamander-Schuhhaus

Aus dem Stadtkreise

Falbes Gewölk.

Der Westhimmel ist mit langen gelben Lichtstreifen bezogen, die in gleichmäßiger Tönung und ganz leblos über dem Horizont lagern. Die Landschaft hat etwas Einförmiges bekommen durch diese Belichtung; Monotonie hockt auf den dürren Wiesen, aus denen sich kahle Weiden aufrichten. Das ist der Winterhimmel in den Nachmittagsstunden, wo der Tag stirbt, ehe die Nacht kommt.

Ich sitze oben im Bodenfenster und ziehe die Ferne mit dem Glas heran. Den ganzen Horizont suche ich sorgsam ab und mache in Gedanken eine Reise hinüber über die vielen Häuser bis zu dem Gürtel des Waldes und dem Silberstreifen des Flusses, der dort aufblinkt. Kalte Luft schlägt mir entgegen; fröstelnd halten die Hände das Fernglas, das jetzt der Flug von Krähen begleitet. Wie seltsam diese Vögel an den Winterhimmel passen: gespenstige Schatten, die Unrast mit sich bringen.

Der gelbe Schein spiegelt sich in den Bodenfenstern der Nachbarhäuser und taucht die Dächer in den milden Glanz des Abends ein. Letzte Spuren des Tages hängen in den Telephondrähten, Lichterinnerung blitzt in den Porzellanköpfen an den Leitungsstangen auf, als säßen dort weiße Tauben kunstvoll auf einer Stange, unbeweglich und wie versteinert.

Während unten in den Straßen schon die Dämmerung von Hausflur zu Hausflur schleicht, ist es hier oben noch hell. Man kann noch viele Einzelheiten beobachten und fühlt sich wie in einer anderen Welt, die hinausgerückt ist über das dumpfe Grübeln der Höfe und Gassen.

Indessen schieben sich bleigraue Wolken über die gelben Lichtstreifen und dämmen die flutende helle Quelle, aus der die Dächer ihr Licht tranken, zusehends mehr und mehr ein. Zwischenfarben spielen violett und grau über die Wiesen, als wenn Nebelfrauen ihre Schleier ausbreiten, um in der Dämmerung allein zu sein, wenn das Licht endlich gegangen ist.

Nun ist es auch fast dunkel geworden, der Tag hat sich ausgelebt. Die Sonne ist in ein anderes Land gegangen und hat uns hier der Dunkelheit überlassen. In den Straßen brennen schon die Laternen, von einer Ecke bis zur andern kann man ihr Licht verfolgen, es strömt von unten in die Höhe empor. Vor wenigen Minuten noch drückte die Lichtwelt der Dächer hinab in die dunklen Höfe, jetzt kommt das Licht dankbar zurück, nachdem oben alles erloschen ist, freilich ein künstliches Licht.

Man trägt das Bild dieses falben Sonnenunterganges mit dem mattgetönten Gelb noch eine Weile in sich, die Treppen hinunter, durch den Hausflur, bis hin zur Zimmerlampe, dann aber versinkt es in dem traulichen Schein der Tischlampe und weicht andern Gedanken und Stimmungen. —

Traumselige Vigilie!

*

Januarmiete.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der mit Bekanntmachung des Ministeriums des Innern vom 21. Oktober 1924 als gesetzliche Miete für alle Gemeinden des Landes festgesetzte Hundertsatz von 75 Prozent der Friedensmiete in Goldmark hat bis jetzt eine Aenderung nicht erfahren. Auch für den Monat Januar beträgt demnach die gesetzliche Miete 75 Prozent der Friedensmiete eines Monats in Reichsmark.

Hansaheime für katholische Kaufleute und Studenten.

In aller Stille reift in Bayerns Hauptstadt ein Werk seiner Vollendung entgegen, das an Ausdehnung und Bedeutung ähnliche Unternehmungen weit überragt. Die „Hansaheime für katholische Kaufleute und Studenten" eröffnen am 1. Mai ds. Js. ihre sieben neuen Häuser, um 500 junge Leute, Akademiker, Mittelschüler aller Gattungen, junge Kaufleute und Kaufmannslehrlinge aufzunehmen. Nur wer die heutige Erziehungs- und Wohnungsnot unter der Jugend und Studentenschaft kennt, vermag die Bedeutung dieses Werkes zu ermessen, das unter den schwierigsten Verhältnissen als rein gemeinnütziges Unternehmen geschaffen wurde. Die Häuser, die im Großvillenstil erbaut sind, befinden sich in gesunder, herrlicher Lage am Englischen Garten in München, unweit der Hoch- und Mittelschulen, sind allen modernen hygienischen und technischen Anforderungen vollauf gewachsen und verdienen durch ihre Bauart und ihre sonnige Wohnlichkeit wirklich den Namen „Heim". Mit den Heimen ist auch eine höhere Kaufmannsschule verbunden, die ministeriell genehmigt und geleitet von vorzüglichen, staatlich geprüften Lehrkräften am 1. Mai ds. Js. mit dem ersten Kurs beginnt. Sie hat die Aufgabe, jungen Leuten vom 14. Lebensjahre ab in drei Jahresklassen eine höhere Allgemeinbildung und eine gründliche kaufmännische Fachbildung zu vermitteln. Prospekte über Heime und Schule sind von der Direktion der Hansaheime in München, Biedersteinerstr. 21 jederzeit erhältlich.

*

Wohlfahrtsbriefmarken. Auf Antrag der Badischen Landesgemeinschaft von Hauptverbänden der freien Wohlfahrtspflege ist vom badischen Ministerium des Innern die Genehmigung dazu erteilt worden, den Verkauf der Wohlfahrtsbriefmarken zugunsten der deutschen Nothilfe bis zum 1. März ausdehnen zu dürfen.

Ende der Kriegsauszeichnungen. Wie schon mitgeteilt, ist mit dem Beginn des Jahres 1925 die nachträgliche Verleihung von Kriegsauszeichnungen (Eisernes Kreuz, Verdienstkreuz für Kriegshilfe, Rote-Kreuz-Medaille, besondere Waffenabzeichen usw.) endgültig eingestellt, wie dies hinsichtlich der Beförderungen, sowie der Charakter- und Uniformverleihungen für die alte Wehrmacht (Heer und Marine) und das Uebergangsheer, bereits vor längerer Zeit geschah. Hierzu erfahren wir weiter, daß beabsichtigt ist, nunmehr auch die Verleihung von Verwundeten-Abzeichen an Angehörige der alten Armee zum endgültigen Abschluß zu bringen. Das Reichswehrministerium hat daher angordnet, daß die zurzeit den Militärdienststellen greifbar vorliegenden Anträge restlos aufgearbeitet, später jedoch eingehende Anträge unbearbeitet kurzhändig zurückgegeben werden.

Unfälle. Der in den 60er Jahren stehende Bierführer Heinrich Würtz kam heute früh gegen 10 Uhr von der Ruitstraße her und wollte die Straßenbahngleise überqueren. Infolge Schwerhörigkeit vernahm er das Signal des herannahenden Straßenbahnwagens nicht, und trotzdem der Führer des Wagens stark bremste, wurde Würtz von den linken Rädern erfaßt. Die Verletzungen sind nicht allzu schwer. Würtz befindet sich in seiner Wohnung. — Gestern nachmittag wurde der 12jährige Sohn eines stellenlosen Arbeiters aus der Baumeisterstraße von einem mit Säcken schwer beladenen Lastkraftwagen in der Rüppurrerstraße überfahren und zwar so unglücklich, daß ihm der linke Oberschenkel total zersplittert wurde. Dem Jungen mußte nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus das Bein amputiert werden. Das Unglück entstand dadurch, daß der Knabe mit dem Ausputzen den Schienen beschäftigt war, deren schmutzigen Inhalt er mit einem Stecken herauskratzte. Bei dieser merkwürdigen Spielerei, die man übrigens oft beobachten kann, scheint er die Warnungssignale des Autos überhört zu haben. — Ein 17 Jahre altes Mädchen fiel gestern vormittag beim Wäschaufhängen, in der Adlerstr., aus einem Fenster des dritten Stockwerks in den Hof, wobei es leichte innere Verletzungen davontrug. Das Mädchen wurde ins Krankenhaus gebracht. — In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr fiel in der Wielandstraße ein 37 Jahre alter verheirateter Hilfsarbeiter in angetrunkenem Zustande die Haustreppe hinunter und blieb bewußtlos liegen. Er trug eine Gehirnerschütterung und mehrere Schürfwunden am Kopf davon. — Bei der Vornahme von Reparaturen der Dampfleitung im Kellerraum des Städt. Krankenhauses explodierte gestern nachmittag ein Schweißapparat. Durch die entstandene Stichflamme wurde ein 21 Jahre alter Heizungsmonteur im Gesicht leicht verletzt. — In einer Blechwarenfabrik wurde gestern nachmittag einer 15 Jahre alten Fabrikarbeiterin durch ein Stück Blech, das durch eine Walze ging, der Mittel- und Ringfinger der linken Hand abgeschnitten. Nach Anlegung des Notverbandes wurde die Verletzte in das Städtische Krankenhaus eingeliefert. — Gestern abend wurde ein 17 Jahre altes Mädchen, das mit einem Handwagen durch die Kaiser-Allee fuhr, von einem von hinten kommenden Personenkraftwagen erfaßt und zur Seite geschleudert, wobei es eine Gehirnerschütterung davontrug. In bewußtlosem Zustande wurde das Mädchen in das Städt. Krankenhaus gebracht.

Zwei Betrüger traten am 28. Januar hier auf und besuchten Schwesternhäuser, wo sie vorschwindelten, sie seien Mitglied einer amerikanischen Kommission und durch ihre Vermittlung würden von Hamburg aus Liebespakete für die Schwesternhäuser eintreffen. Durch dieses Versprechen gelang es ihnen an die Schwestern ganz minderwertige Stoffe gegen hohe Preise abzusetzen. Die Täter, ein Kaufmann von Dortmund und ein Kaufmann von Amsterdam wurden wegen Betrugs festgenommen.

Veranstaltungen.

Der **Karlsruher Fußballklub Frankonia** hält am Samstag, den 31. Januar, abends ab 8 Uhr, in den Räumen der „Eintracht", Karl-Friedrichstraße, seinen diesjährigen Maskenball ab. Der Veranstaltung ist das „Maskentreiben der Friedenszeit" zugrunde gelegt, um 12 Uhr ist Demaskierung. Die Tanzpausen sind durch karnevalistische Vorträge des bekannten Karlsruhers Heinr. Sonntag ausgefüllt. Ab Donnerstag ist der Vorverkauf bei K. Zimmermann, Zigarrengeschäft, Humboldtstraße, Sporthaus Brannath, Durlacher Tor, E. Seyfried, Kreuzstraße, gegenüber Töchterschule, sowie Freitag abend im Klubhaus eröffnet.

„Business"

16 Wegweiser zum kaufmännischen Erfolg.

Von

Herbert N. Casson.

Copyright by J. Singer, Verlag, Leipzig.

Der achte Wegweiser.

Vermehrte Erzeugung vermindert die Kosten.

Auf daß wir durch übel angebrachte Sparsamkeit in Fabrikanlage und Publizität nicht an Umsatz einbüßen.

Dieser Lehrsatz geht hauptsächlich Fabrikanten an: Er bezieht sich auf die Erzeugung; in vielen Fällen allerdings auf den Verkauf und Vertrieb. Er bedeutet im allgemeinen, daß großzügig arbeiten billig arbeiten heißt, — daß die Eisenbahntarife niedriger sind, als die Handwagen, daß Fabrikerzeugung billiger ist, als Handarbeit und daß es billiger ist, einem Kunden ein Dutzend Messer zu verkaufen als eines.

Es gibt offenbar eine Menge Ausnahmen von dieser Regel. Doch sind sie lediglich eine Folge der Torheit von vielen, die im großen arbeiten, oder die Folge besonderer Bedingungen, unter denen im kleinen gearbeitet wird. Trotzdem steht der Lehrsatz fest.

Er wird uns die Anwendung der modernen Maschinen erklären. Er wird uns verstehen lassen, warum man 5 Millionen Dollar für ein einziges Schmelzwerk ausgibt. So phantastisch dies auch jedem erscheinen mag, der mit der Entwicklung der Erzeugung nicht vertraut ist, so unbestreitbar wahr ist es, daß ein 5 Millionen-Schmelzwerk auf Gold und Kupfer viel billiger produziert, als eines, das nur 5000 Dollar kostet.

So war z. B. Stahl noch niemals billiger als heutzutage. Man kann heute 8 Pfund um 56 Cents kaufen. Die Arbeiter in Pittsburg, die 10 Dollar per Tag verdienen, können Stahl billiger erzeugen, als es römische Sklaven konnten. Warum? Weil Wissenschaft und Erfindungen einen derartigen Unterschied in Massenerzeugung möglich gemacht haben.

In Mesaba, Minnesota, habe ich in 5 Minuten 50 Tonnen Erz von zwei Arbeitern und einem Jungen in einen Waggon einladen sehen, die eine mächtige Dampfschaufel dirigierten. Um diese Leistung mit Handarbeit zustande zu bringen, hätten 1000 Menschen je eine Schaufel Erz per Minute in den Wagen werfen müssen.

Ich habe Bessemer-Gebläse in 10 Minuten 10 Tonnen Eisen in Stahl verwandeln sehen. In Karthago oder Babylon hätte dieselbe Arbeit in einer kleinen Fabrik wenigstens zwei Jahre gedauert.

Ich habe in einer Fabrik in Chicago eine Gruppe von Werkzeugmaschinen gesehen, die 56 Millionen Kettenringe per Jahr erzeugten. Es gibt gar keinen Geldbetrag der klein genug ist, um den Gestehungspreis eines solchen Ringes bei einer so fabelhaften Erzeugung zu bestimmen.

Erhöhung der Erzeugung: das ist das Zauberwort, das die Industrie regiert. Diejenigen, welche seine Bedeutung zuerst erkannt haben, sind mehr als reich geworden. Sie wurden überwältigend reich. Rockefeller und Carnegie danken ihre Milliarden der Massenerzeugung.

„Ich bin immer geneigt, 5 Millionen Dollar auszugeben," hat Carnegie gesagt, „wenn es sich darum handelt, den Gestehungspreis einer Tonne Schienen um 50 Cents zu vermindern." Das ist das ganze Geheimnis der Millionen Carnegies. Mehr Maschinen — größere Erzeugung — Verminderung der Kosten — Erhöhung des Nutzens.

Diejenigen, die versuchen, die Erzeugung einzuschränken, sind die Todfeinde der Industrie, schlimmer noch, sie sind Feinde des Menschengeschlechts. Sie sind überwiegend für die hohen Preise verantwortlich.

Es gibt drei Kategorien von Leuten, die die Erhöhung der Erzeugung sabotieren:

1. Gewisse Arbeiter mit beschränktem Gesichtskreis, Leute, die mit bester Absicht, aber borniert, die Erzeugung einzuschränken suchen, weil sie Arbeitslosigkeit befürchten. Zahllose Male hat die Geschichte bewiesen, wie unbegründet solche Furcht ist. Die Wahrheit ist, daß die Höhe der Erzeugung ihre Kosten vermindert, den Verbrauch steigert, den Umsatz vermehrt und folglich die Zahl der verfügbaren Arbeitsplätze erhöht. Es gibt heut unendlich viel mehr Maschinisten als vor der Erfindung der Dampfmaschine.

2. Gewisse Politiker mit beschränktem Gesichtskreis. Es gibt einen ausgesprochenen Typus des Politikers und Beamten, dem die Manie gemeinsam ist, die Großindustrie anzugreifen. Er besteht sowohl in England wie in den Vereinigten Staaten und geradeso in Tibet: Diese Politiker lieben es, gegen alles, was leuchtend und großzügig ist, zu Felde zu ziehen. Da dies für jedermann bemerkbar ist, werden sie bekannt, und das verschafft ihnen Wähler. Sie hören nicht auf, die Sache der kleinen Erzeuger gegen die Großindustrie auszuspielen.

3. Gewisse Industrielle mit beschränktem Gesichtskreis. Es gibt nämlich Industrielle, die es nur ganz zufällig sind. Sie haben entweder ihre Fabrik geerbt, ohne die geringste Befähigung, sie zu leiten, oder sie ist ihnen durch ein Zusammentreffen äußerer Umstände zugefallen. Von solchen Leuten kann man natürlich nichts anderes erwarten als die vollkommene Unkenntnis der wesentlichen Prinzipien der Industrie. Ihr Vermögen ist ein Geschenk des Zufalls, nicht die Frucht persönlicher Arbeit. Solche Leute sind unweigerlich die Feinde einer jeden Ausdehnung.

Billig fabrizieren! Seit die Welt steht, haben die Erzeuger sich bemüht, zu diesem Ideal zu gelangen. Das ist das Leitmotiv der modernen Industrie. Dieser Grundsatz rechtfertigt die riesengroßen Fabriken unserer Zeit. Denn nur in ihnen und nicht in Werkstätten kann man die Preise vermindern.

Das ganze Geheimnis der so bewundernswert billigen Annehmlichkeit des Lebens unserer Städter beruht auf der Vermehrung der Erzeugung. Eine 16seitige Nummer einer englischen Zeitung kostet 2 Cents, 7 Kilometer im Omnibus fährt man um 5 Cents, ein Buch von 60 000 Worten kauft man um weniger als einen Dollar. Eine Uhr mit Garantie für ein Jahr um nicht viel mehr.

Und da spricht man vom teuern Leben. Welche Lüge! Jedermann bekommt heute fast umsonst mehr als Cäsar jemals gesehen hat. Nur das Leben im Luxus ist kostspielig, und selbst da — wenn man erwägt, was man für sein Geld bekommt — ist auch der Luxus nicht teuer. Für wenige Dollar kann man sich in einem erstklassigen Hotel einen Tag lang die Illusion verschaffen, ein Fürst zu sein.

Diese Billigkeit, diese Demokratisierung des Luxus ist das Ergebnis der gesteigerten Erzeugung. Jeder gute Bürger, der den Reichtum seines Vaterlandes erhöhen will, muß sein Ziel im Auge haben: mehr in kürzerer Zeit erzeugen.

Vom Standpunkt des Absatzes ist gleichfalls viel über diesen achten Lehrsatz zu sagen. Wir werden darin stets ein Argument zugunsten des großen Warenhauses im Gegensatz zum kleinen Laden finden. Er zeigt uns, wie irrig es ist, zu glauben, daß ein Hausierer billiger verkaufen kann als ein Warenhaus.

Gewiß, der Hausierer hat kleine Spesen, aber er hat auch kleinen Umsatz.

Häuser wie das von Woolworth: „Alles wird um 10 Cents verkauft" sind auf Grund dieses Lehrsatzes entstanden. Ein enormer stetiger Umsatz erlaubt ihnen, auf jeden Artikel nur einen ganz geringfügigen Nutzen zu schlagen.

Man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß dieser Lehrsatz die Rechtfertigung der Publizität ist. Er beweist, daß gut gemachte Reklame den Verkaufspreis der Ware nicht im geringsten erhöht.

Die Publizität läßt den Umsatz oft in einer Weise steigen, daß sie eine Ersparnis und nicht eine Ausgabe wird. Sie vervielfacht die Verkäufe, vermindert die Gestehungskosten und den Verkaufspreis und steigert den Nutzen. Ja, wird man sagen, wer trägt dann die Kosten der Publizität? Niemand. Sie macht sich selbst bezahlt und wirft sogar noch einen Nutzen ab. Wohlverstanden allerdings nur, wenn sie ganz vorzüglich gemacht wird.

Wo immer die Handarbeit sich erhalten hat, ist das Produkt entweder sehr teuer oder sehr mangelhaft. Statuen und Bilder werden immer fürchterlich teuer bleiben. Sie werden nicht in Mengen erzeugt. Es gibt immer nur ein einziges und einzigartigs Erzeugnis jeder wahren Kunst.

Was aber die Industrie für die Kunst getan hat, ist die Vervielfältigung ihrer Meisterwerke in großen Mengen und in oft bewundernswerter Ausführung, die man um einen lächerlich geringen Preis kaufen kann.

Dank dem Grammophon können wir die Stimme der größten Sänger der Welt jederzeit hören und Carusogesang tönt uns aus einem Schalltrichter entgegen, so oft es uns Vergnügen macht. Ein Bild, wie gesteigerte Erzeugung selbst die höchsten Genüsse verbilligt und ermöglicht.

Man könnte allein über diesen achten Lehrsatz ein ganzes Buch schreiben. Faßt er doch ein Prinzip in Worte, welches die Grundlage aller industriellen und kommerziellen Zivilisation ist. Viele törichte Unternehmungen wären nie begonnen worden, wäre er besser verstanden und früher erkannt worden.

Wäre ich ein Industrieller oder der Fabrikant irgend eines Erzeugnisses und hätte ich den Wunsch, meine Söhne auf meinen Spuren fortschreiten zu sehen, ich würde sie jeden Morgen nach dem Frühstück um mich sammeln und sie fragen: „Nun, Kinder, was ist Euere Devise für den heutigen Tag?" und im Chore müßten sie mir antworten: „Eine vermehrte Erzeugung vermindert die Kosten!"

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Walter Briggs.

Siehe Nr. 553, 563, 567 (1924) und Nr. 8, 17, 25, 34, 40 (1925).

Sport-Spiel

Delegierten-Versammlung der Deutschen Rennvereine.

tu. **Mannheim**, 27. Jan. Die Vertreter der Deutschen Rennvereine waren dieser Tage im Großen Saal des Union-Klubs zu ihrer gewohnten und wie stets stark besuchten Jahresversammlung zusammengetreten. Die Festsetzung der Renntermine ging glatt und reibungslos vor sich. Mannheim wird am 3., 5. und 10. Mai sein Frühjahrs-Meeting, am 6., 9. und 13. September sein Herbst-Meeting abhalten. Das im Jahre 1924 eingeschobene Sommer-Meeting im Juli fällt weg, weil die Gründe der vorjährigen Terminvermehrung, nämlich der Ausfall der Wiesbadener Renntage, nunmehr weggefallen sind. Frankfurt a. M. läßt am 19., 23. und 26. April, 1., 4. 7. Juni, 16. und 17. August und 4., 6. und 11. Oktober laufen, Baden-Baden am 21., 23., 25., 28. und 30. August, Wiesbaden am 11., 14., 17., 21. Juni und 17., 20., 23. und 27. September. Auch der benachbarte Rennplatz Haßloch hat zwei Vollblut-Termine angemeldet und dafür den 21. Mai und 2. August erhalten.

Die Versammlung beschloß, die Oberste Rennbehörde zu beauftragen, daß sie sich als Sprecherin für den Deutschen Vollblut-, Zucht- und Rennbetrieb an sämtliche Landesregierungen mit dem Antrag wendet, den Reichssatz der städtischen Billettsteuer für den Besuch der Pferderennen grundsätzlich auf 10 Proz. zu begrenzen. Von Interesse ist, daß die Oberste Rennbehörde, die sich bisher direkt nur mit den preußischen Ministerien über rennsportliche Fragen in Verbindung trat, indessen den Vereinen der anderen Länder lediglich begutachtend und befürwortend eine Beihilfe leistete, fortab sich auch an die Behörden von Baden, Bayern, Sachsen usw. wenden wird, wenn sie etwas aus ihrem Kompetenzkreis zu sagen hat. Die Versammlung beschäftigte sich auch mit der Frage der Einsätze und Reugelder. Es wurde beschlossen, künftig den 1prozentigen Einsatz nicht nur vom ersten Geld, sondern vom Gesamtpreis des Rennens zu erheben. Ferner sollen die seit der Buchmacherzeit teilweise eingeschlafenen Wettannahmestellen der Vereine wieder hergestellt werden. Damit soll der Plan einer großen Wettzentrale der deutschen Vereine verwirklicht werden, der der Einführung konzessionierter Buchmacher einst geopfert worden war.

Am Tage vor der Delegiertenversammlung fanden Sitzungen der verschiedenen Vereinsverbände statt. Hierbei wurde beschlossen, einen Abbau hinsichtlich der Frachtenleistungen vorzunehmen, die nur noch für die während des Meetings nichtplazierten Pferde gegeben werden sollen. Auf Antrag wurde jedoch den südd. Vereinen freier Weg gegeben, wegen ihrer geographischen Lage zu den Trainingsquartieren das bisherige Verfahren beizuhalten. Auch soll die Miete für Pferdeboxen und die Schlafräume des Personals wieder eingeführt werden.

Frostbeulen, rote Hände

aufgetriebene Hände, rissige Haut, Schrunden etc. wie sie durch vieles Hantieren in Kälte, in kaltem Wasser, beim Waschen, in der Küche, an Büffetts, in kalten Fleisch-, Wurst- und Gemüseläden in Brauereien, Schlachthäusern, Gärtnereien, bei Straßenbahnern, beim Wintersport, a. d. Märkten etc. entstehen, behandle man m. d. Spezialpräparat

Sabol Frost- u. Schrunden Creme

Preis Mk. 1.— per Tube. Erhältl. in Apotheken.

INDUSTRIE- UND HANDELS-ZEITUNG

Exportmöglichkeiten.

Jugoslavien. Wie wir von zuständiger Seite hören, findet am 3. Februar bei der Wirtschaftsabteilung des Post- und Telegraphen-Ministeriums in Belgrad öffentlicher Ausschreibungstermin für die Lieferung von 30 000 Meter Einführungsbleikabel mit einer Röhre von 1,38 Millimetr., ferner 10 000 Meter von 2 Millimtr. und 10 000 Stück Einführungsisolatoren statt. Am 18. Februar vergibt die Staatsbahndirektion in Subotica die Lieferung von 1000 Kilo reinen Zinn. — Am 23. Februar dieselbe Direktion die Lieferung einer größeren Menge verschiedener Röhren. — Am 30. Januar vergibt das Bautenministerium in Belgrad die Lieferung des gesamten Materials und die Montierung der Eisenbrücke über die Drina in Foca. — Ferner finden nachstehende öffentliche Submissionstermine statt, an denen deutsche Bewerbungen zugelassen sind: Am 9. Februar bei der Staatbahndirektion in Serajewo zwecks Lieferung von 20 000 Kilo Baumwolle für Reinigungszwecke. — Am 11. Februar bei derselben Stelle zwecks Lieferung von Oefen, Sparherden und Röhren. — Am 13. Februar bei der staatlichen Monopolverwaltung in Belgrad zwecks Lieferung von 1 950 000 Meter Blechkammern für Schachtelecken in Bobimen. — Am 24. Februar bei der artillerietechnischen Abteilung Kragujevac über Lieferung von 3000 Kilo Stangenmessing, Durchmesser 1,5 Millimtr. und 2000 Kilo Stangenmessing, Durchschnitt 13 Millimtr. — Am 2. Februar bei der Staatsbahndirektion in Laibach (Ljubljana) für die Lieferung von 2290 Blusen zweiter Klasse, 3290 Hosen zweiter Klasse, 1500 Mäntel zweiter Klasse, 500 Rottenmützen und 600 blaue Mützen zweiter Klasse. — Am 5. Februar bei der Staaksbahndirektion in Laibach (Ljubljana) zwecks Lieferung von 2364 Tonnen Würfelkohle und 363 Tonnen Braunkohle. — Am 16. Februar bei der Eisenbahndirektion Subotica 5300 Kilo Martinstahl in verschiedenen Dimensionen, Rapidstahl und Wolframstahl. — Am 6. Februar bei derselben Direktion zwecks Lieferung von 17 500 Kilo Rundeisen in Dimensionen von 3—28 Millimtr., ferner über 2000 Kilo Eisenblech zu 2 Millimtr., 4000 Kilo zu 3 Millimtr., 3000 Kilo zu 4 Millimtr. und 4000 Kilo zu 6 Millimtr. — Am 16. Februar über Lieferung von 20 000 Kilo Ammoniaksoda und 3000 Kilo 100proz. kaustischem Soda bei derselben Direktion. — Ferner für die gleiche Eisenbahndirektion am selben Tage zwecks Lieferung von 6000 Kilo Zinkweiß, Bleiweiß, Beinschwarz, Satinober und Waggonfarbe. — Am 23. Februar bei der Eisenbahndirektion Subotica Messing-, Kupfer-, Eisen- und Stahldraht verschiedener Dimensionen.

Tschechoslowakei. Die Direktion der tschechischen Tabakregie in Prag vergibt die Lieferung von 620 000 Papierschachteln für Damesziggretten zu 25 Stück. — Am 10. Februar vergibt die Zentraldirektion der Tabakregie in Prag die Lieferung des Koks- und Kohlenbedarfs der Tabakfabriken in Böhmen, Mähren und in der Tschechoslowakei. — Das Referat für öffentliche Arbeiten in Munkacs vergibt am 27. Februar den Bau von 7 Wohnhäusern für Staatsangestellte. — Die Direktion der Staatsbahn Prag-Süd vergibt am 16. Februar die Lieferung von Gasglühkörpern für alle Staatsbahndirektionen. Die näheren Bedingungen für diese Ausschreibung sind im tschechoslowakischen Amtsblatt 18 und 19 abgedruckt. — Die Stadt Preßburg fordert bis zum 1. Februar Offerten für Lieferung von Kehrautos und automobilisierten Sprengwagen von ausländischen Interessenten an. Ferner bis zum 1. Februar Offerten für die Lieferung von Benzin und Oel.

Griechenland. Die Direktion für Staatslieferungen in Athen schreibt zum 10. Februar öffentlichen Submissionstermin zur Lieferung von 64 000 Sommerbaumwollblusen in Kakifarbe, ferner 70 000 Sommerbaumwollblusen in Kaki oder 350 Meter Baumwollstoff, kaki, ferner 1 Million Meter Baumwollkabot aus. Dieselbe Direktion vergibt am 11. Februar die Lieferung von 150 000 Brotsäcken, 150 000 Feldflaschen, 50 000 Eßschalen.

Spanisch-Marokko. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, besteht gegenwärtig für die deutsche Industrie eine gewisse Möglichkeit, sich an den Kriegslieferungen für die spanische Armee in Marokko zu beteiligen. Heereslieferanten in Larache haben z. Zt. Bedarf an Militärfeldbettstellen, Zeltausrüstungsgegenständen, Feldstühlen, Wasch- und Badewannen. Deutsche Offerten sind fob Hamburg einschließl. Verpackung in spanischen Peseten äußerst zu kalkulieren. Wir sind auf Wunsch bereit, Adressen einschlägiger Firmen in Larache bekannt zu geben.

Deutsch-Oesterreich. Wie wir hören, wird das österreichische Verkehrsministerium nach Abschluß der Anleiheverhandlungen über 100 Millionen Goldkronen mit umfangreichen Ausschreibungen zur Lieferung der Materialien zur Fortsetzung der Elektrisierung der österreichischen Bundesbahnen herauskommen.

Vereinigte Staaten. Wie wir von einer halbamtlichen deutschen Wirtschaftsvertretung in den Vereinigten Staaten erfahren, ist gegenwärtig der amerikanische Markt außerordentlich aufnahmefähig für Kunstseide bester Qualität. Die nordamerikanische Erzeugung ist fast auf ein Jahr hinaus ausverkauft und namentlich die Qualitäten B und C müssen in der Lieferung rationiert werden. Da die Preise erneut angezogen haben, dürften deutsche Angebote mit großem Interesse aufgenommen werden.

Argentinien. Die Direccion Generale de Navegacion y Puertos in Buenos Aires schreibt für die Hafen-Modernisierungs- und Ausbau-Arbeiten in BuenosAires für den 27. Mai die Lieferung von 7 elektrischen Uferkähnen von 20 Tonnen Tragkraft, 7 elektrischen Uferkrahnen von 3 Tonnen Tragkraft, 50 elektrischen Wandkrahnen von je 1½ und 3 Tonnen Tragkraft, 72 elektrischen Bockkrahnen von je 3 Tonnen Tragkraft, 23 elektrischen Winden von 1 Tonne Tragkraft und 27 elektrischen Aufzügen von je 3 Tonnen Tragkraft aus. Die Unterlagen sind von der argentinischen Gesandtschaft zu beziehen.

Uruguay. Konsularberichten entnehmen wir, daß gegenwärtig für nachstehende Waren deutschen Fabrikats günstige Absatzgelegenheit vorhanden ist: Landwirtschaftliche Maschinen aller Art, Schreibmaschinen, Nähmaschinen und elektrotechnischen Artikel.

Südwestafrika. Die südwestafrikanische Lieferungskommission in Windhuk fordert für den 17. März Offerten für mehrere tragbare Gebäude ein. Beteiligung deutscher Firmen an diesem Ausschreiben ist erwünscht.

Industrie/Handel/Verkehr

Berliner Messeveranstaltungen im Jahre 1925. Das Berliner Messeamt beabsichtigt im Jahre 1925 folgende Fachmessen zu veranstalten: Vom 8. bis 11. Februar Fachmesse der deutschen Bekleidungsindustrie und zweite Messe der Schuh- und Lederwirtschaft; vom 1. bis 8. März Hygiene-Messe und Ausstellung; vom 15. bis 19. März Gastwirts-Messe; vom 4. bis 9. April Reklame-Messe; vom 4. bis 13. September zweite Ausstellung der Funk-Industrie; vom 25. September bis 4. Oktober Ausstellung der Kino- und Photo-Industrie.

Eine deutsch-mexikanische Handelskammer wurde in Berlin gegründet, die mit der bereits in Nürnberg bestehenden deutsch-mexikanischen Handelskammer eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen hat.

Stillegung der Pfälzischen Pulverwerke-A.-G. St. Ingbert. Infolge Absatzschwierigkeiten, die durch die Zollabschnürung des Saargebietes entstanden sind, sehen sich die Werke gezwungen, zum 1. Februar sämtlichen Arbeitern und Arbeiterinnen zu kündigen und den Betrieb still zu legen.

Ausbau der französischen Rheinflotte. In Straßburg ist unter dem Namen „Comité des Armanteurs francais du Rhin" ein Syndikat für die Wahrung der Interessen der französischen Rheinschiffahrt gegründet worden, dem 7 Verbände und Gesellschaften angehören, die sich mit der Rheinschiffahrt befassen. Zum Präsidenten des Syndikats wurde der Präsident der Straßburger Handelskammer, Herrenschmidt, gewählt. Man plant einen Ausbau der französischen Rheinflotte in großem Maßstabe. (TU.)

Aktienbrauerei Bulle, Stuttgart. Aus dem rechnungsmäßigen Ueberschuß pro 30. Sept. 1924 von rund 221 235 Bill. Pm. wird eine Dividende von 6 Gm. vorgeschlagen und der Rest von 100 935 Bill. Pm. soll in der Goldmarkumstellung Verwendung finden. Die Umstellung nach der Reichsmark-Eröffnungsbilanz per 1. Okt. 1924 erfolgt von 20,5 Mill. Pm. auf 2 405 000 Gm. Ueber das abgelaufene Geschäftsjahr sagt der Bericht des Vorstands, daß das erste Vierteljahr, das noch in die Zeit der schlimmsten Entwertung des Geldes gefallen sei, recht schwierig war. Mit dem Eintritt der Stabilisierung der Währung trat eine Besserung auch in den Verhältnissen der Brauindustrie ein und der Bierabsatz zog wieder an, so daß wir am Schlusse des Geschäftsjahres ein erhebliches Plus gegenüber dem Vorjahr feststellen konnten. Im neuen Geschäftsjahr hat sich der Bierabsatz weiter gehoben und kann als besonders erfreulich festgestellt werden, daß eine dauernde Zunahme der Nachfrage nach Qualitätsbieren zu verzeichnen ist. Wenn keine weiteren erheblichen Störungen in unseren wirtschaftlichen Verhältnissen eintreten, so könne ein befriedigendes Ergebnis für das Geschäftsjahr 1924/25 in Aussicht gestellt werden.

Die australischen Wollausfuhren. Im zweiten Halbjahr 1924 hat Australien 985 000 Ballen Wolle ausgeführt, was im Vergleich zu der gleichen Zeit des Vorjahres einer Zunahme von 76 000 Ballen entspricht. In der gleichen Zeit hat Neuseeland 112 000 Ballen ausgeführt, oder 39 000 Ellen weniger als im Vorjahr. Der Export der beiden Länder betrug somit 1 097 000 Ballen, oder 37 000 Ballen mehr als im Jahre 1923.

Keine Liquidation der Hovad-Versicherungs-A.-G. Verschiedene Blätter haben vor kurzem von einer Liquidation der Hovad-A.-G. berichtet. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß nur eine der 15 Rückversicherungsgesellschaften des Hovad-Konzerns, deren Zweck durch Wiederaufnahme des internationalen Rückversicherungsverkehrs hinfällig geworden ist, liquidiert wurde.

Märkte.

Berliner Produktenbörse vom 29. Jan. (Funkspruch.) In Rückwirkung der weiteren Steigerung am Weltmarkt zogen auch die hiesigen Getreidepreise erheblich an. Mehl wurde hauptsächlich vom Ausland gekauft. Besonders stark waren die Preissteigerungen im Lieferungsgeschäft, bedeutend weniger im Abladungsgeschäft. Hafer und Gerste waren ruhig bei fester Haltung. Hülsenfrüchte konnten nur schwer untergebracht werden. Auch für Futterartikel zeigte sich wenig Interesse.

Allgäuer Butter- und Käsebörse vom 28. Januar. Die Preise sind bei grünem Weichkäse und ausgeheiztem Rundkäse Erzeugerpreise, bei Butter, konsumreifem Weich- und Rundkäse Großverkaufspreise, also Erzeugerpreise zuzüglich aller Handelszuschläge ab Station des Börsengebietes ohne Verpackung. Marktlage: Butter 153—168, Weichkäse, grüne 45—50, Geschäft zurückhaltend; konsumreife 65—70, zurückhaltend; Rundkäse, ausgeheizte 110—125, immer noch sehr ruhig; konsumreife 110—150 Pfennig je Pfund.

Börsen und Finanzen.

Zulassung ausländischer Wertpapiere an den Schweizer Börsen. Vertreter der Börsen von Zürich, Basel und Bern kamen am Dienstag in Zürich zu einer Konferenz zusammen, an der auch der Bundespräsident teilnahm. Nach einem Gedankenaustausch über die Bedingungen, unter welchen ausländische Werttitel zur Quotierung an den schweizerischen Börsen zugelassen werden können, wurde beschlossen, daß die Börsen dem Eidgenössischen Finanzdepartement einen gemeinsamen Bericht unterbreiten sollen über die Maßnahmen, die geeignet sind, die Zulassung solcher ausländischen Werttitel zur Quotierung in der Schweiz zu verhindern, die von dem schweizerischen Markt besser ferngehalten werden.

Wegfall der Devisenhandelsbeschränkungen in Rußland. Der Volkskommissar der Finanzen stellt fest, daß der Geldumlauf der Sowjetunion hinreichend stabilisiert sei. Er hob alle Beschränkungen für Privatpersonen, die sich an Devisengeschäften und Wertpapierhandel an der Börse der Sowjetunion nicht beteiligen konnten, auf. Die Beschränkung fällt weg, soweit es sich um den Handel mit Geldern, deren Umlauf in der Sowjetunion gestattet ist, sowie den Handel mit ausländischen Gold- und Silbermünzen, Gold- und Silberbarren und sonstige Zahlungsmittel dreht.

Frankfurt a. M., 29. Jan. Die Stimmung an der Börse war heute lustlos und schwächer und daher blieb die Kursgestaltung rückläufig. Dies hängt in erster Linie mit dem Ausbleiben der Kaufaufträge aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet zusammen. Außerdem war der Markt etwas übersättigt, sodaß man später zu Glattstellungen übergehen mußte. Trotzdem sind die Kursverluste nicht sehr groß und nur bei den schweren Montanwerten und den sonst sehr hoch im Kurs stehenden Papieren betragen diese Verluste 2 bis höchstens 3 Prozent. Ganz ohne Interesse ist der Markt für die deutschen Anleihen, wo fortgesetzt Abgaben stattfinden, sodaß der Kurs für Kriegsanleihe in raschen Sprüngen auf 0,750 fiel. Auch die anderen deutschen Renten wurden im gleichen Verhältnis gedrückt. Die ausländischen Renten lagen gleichfalls etwas schwächer.

Im Freiverkehr ist die Stimmung unverändert. Man nannte: Api 1,9, Becker Stahl 1,6, Becker Kohle 7⅜, Benz 5,75, Brown-Boveri 1,50, Growag 0,135, Hansa-Bank 0,260, Hansa Lloyd 1⅜, Krügershall 11.25, Kunstseide 83, Petroleum 20⅜, Rastatter Waggon 6,50, Ufa 13.25.

Berliner Schwankungskurse vom 29. Jan. Elektr. Hochbahn 88.25, Hapag 30.50, Hamburg-Südamerika 51.25, Nordd. Lloyd 4.1, Berliner Handelsgesellsch. 170, Darmst. u. Natl.Bank 14, Deutsche Bank 13.3, Bochumer Guß 99.50, Buderus Eisen 21.4, Deutsch-Luxemburg 94, Gelsenkirchen 101.50, Harpener 160, Hösch Stahl 13, Hohenlohe 33.75, Ilse Bergbau 29.50, Klöcknerwerke 68⅜, Laurahütte 8, Mannesmann 72⅝, Phönix 67.75, Stinnes-Riebeck 51⅞, Rombacher Hütte 34⅞, Stolberger Zink 53.9, Deutsche Kali 32.75, Bad. Anilin 33⅞, Elberfelder Farben 27, Höchster Farben 27.4, Rütgerswerke 19.50, A.E.G. 13, Bergmann Elektro 21, Elektr. Licht u. Kraft 9, Berlin-Karlsruher Industrie 140, Daimler Motoren 6.25, Karlsruher Maschinen 4, Zimmermannwerke 2, Stettiner Vulkan 18.9, Hammersen u. Co. 20, Zellstoff Waldhof 14⅛, Charlottenbg. Wasser 38, Gebr. Junghanns 13, Sarotti 100.50, Ver. Schuhfabr. Berneis 3⅛, Otavi 28⅛, Deutsche Erdöl 61.50, Deutsche Petroleum 19.75.

Devisen.

w **Berlin,** 29 Januar

	28. Januar Geld	28. Januar Brief	29 Januar Geld	29 Januar Brief
Buenos-Aires	1.689	1.693	1.652	1.657
Japan	1.613	1.617	1.613	1.617
Konstantinopel	2.235	2.245	2.22	2.24
London	20.137	20.187	20.112	20.172
New-York	4.195	4.205	4.195	4.205
Rio de Janeiro	0.492	0.494	0.484	0.486
Amsterdam	169.19	169.61	169.04	169.46
Brüssel-Antw.	21.92	21.98	21.91	21.97
Oslo	64.28	64.44	64.17	64.33
Danzig	79.90	80.10	79.80	80.00
Helsingfors	10.56	10.60	10.565	10.605
Italien	17.58	17.62	17.50	17.54
Jugoslavien	6.86	6.88	6.74	6.76
Kopenhagen	75.06	75.24	75.06	75.24
Lissabon-Oporto	20.08	20.12	20.08	20.12
Paris	22.76	22.82	22.72	22.78
Prag	12.46	12.50	12.48	12.52
Schweiz	80.98	81.18	80.95	81.15
Sofia	3.045	3.055	3.045	3.055
Spanien	59.93	60.07	59.98	60.12
Stockholm	113.02	113.30	113.02	113.30
Budapest	5.835	5.855	5.83	5.85
Wien	5.909	5.929	5.909	5.929
Athen	7.14	7.16	7.14	7.16

w **Zürich,** 29 Januar

	28. Januar	29. Januar
Neuyork	518.12	518.12
London	24.86	24.84
Paris	28.07	28.05
Brüssel	26.97	27.10
Italien	21.70	21.40
Madrid	73.95	74.05
Holland	209.00	209.00
Stockholm	139.65	139.55
Oslo	79.50	79.25
Kopenhagen	92.50	92.55
Prag	15.40	15.42
Deutschland	123.40	123.40
Wien	0.73	0.73
Budapest	0.72	0.72
Agram	8.50	8.47
Sofia	3.77	3.77
Bukarest	2.77	2.72
Warschau	100.00	99.75
Helsingfors	13.05	13.05
Konstantinopel	2.80	2.80
Athen	8.90	8.90
Buenos Aires	2.07	2.08

Unverbindliche ausländische Markkurse.

Amsterdam, 27. Jan.: 59,03 Gld., 28. Jan.: 59,05 Gld.

Neuyork: 27. Jan.: 23,81 Dollar, 28. Jan.: 23,81 Dollar.

Pariser Börse.

Paris, 29. Jan. Es wurden heute vormittag bezahlt für ein englisches Pfund 88.40 Francs.

Unnotierte Werte.

Karlsruhe, 29. Januar

Mitgeteilt von Baer & Elend, Karlsruhe, Kaiserstraße 200.

Alles zirka in Mark pro 1000:—

Adler Kali	295	Petersburger Int.	37
Api	22	Rastatter Waggon	67.5
Bad. Lokomotivwerke	1.5	Rodi & Wienenberger	172
Baldur	1.0	Russenbank	93
Becker Kohle	75	Schuvag	—
Becker Stahl	16.5	Sichel	31
Benz	53.5	Sloman	75
Brown Boveri	15.5	Tabakhandels-A.-G.	0.06
Contin. Holzverwertung	—	Teichgräber	16
Deutsche Lastauto	25	Textil Meyer	1.7
Deutsche Petroleum	197	Turbo Motoren Stuttgart	—
Germania Linoleum	168	Ufa	135
Grindler Zigarren	2.5	Zuckerwaren Speck	—
Großkraftw. Württemb.	1.35	**Wertbeständige Anlagen**	
Hansa Lloyd	15		
Heldburg Vorzugs-Akt.	615	5% Bad. Kohlenw.-Anl.	12.5
Inag	19	6% Mannh. Kohlenw.-Anl.	12.0
Itterkraftwerke	14	7% Sächsische Braunkohlenw.-Anleihe	2.1
Kabel Rheydt	78.5	5% Rhein-Main-Donau-Gold-Anleihe	68
Kammerkirsch	—	5% Neckarwerke-Gold-Anleihe	—
Karstadt	40	5% Preußische Kali Anleihe pro 100 kg	4.0
Knorr	41	5% Sächsische Roggenwert-Anleihe per Ztr.	—
Krügershall	115	5% Südd. Festwertbank-Obligationen	1.75
Landeswirtschaftsstelle für das Bad. Handwerk	—	6% Freiburger Holzwert-Anleihe pro Festmeter	—
Melliand Chem.	1.0		
Meurer Spritzmetall	0.9		
Moninger Brauerei	430		
Offenburger Spinnerei	270		
Pax, Industrie und Handels-A.-G.	0.5		

Volkswirtschaftliche Literatur.

„Bayerische Industrie- und Handelszeitung" (Verlag F. C. Mayer, G. m. b. H., München, Brienerstraße 9.) Aus dem Inhalt von Heft 3: Bayerische Lokalbahnpolitik. — Eingaben und Mitteilungen der Handelskammer München. — Zusammenstellung der im Handelskammerbezirk Oberbayern im Jahre 1924 angeordneten Geschäftsaufsichten. — Mitteilungen des Bayerischen Industrielleuverbandes und der Vereinigung der Bayerischen Arbeitgeber-Verbände. — Steuernachrichten und Sozialpolitische Rundschau. — Mitteilungen für Kunst und Kunstgewerbe. — Neu eingetragene Firmen. — Gesellschaftsnachrichten. — Technische Beilage: Die Gewinnung mineralischer Rohstoffe in Bayern im Jahre 1923. — Moderner Feuerschutz.

Die Aufwertung nach der 3. Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924. Die Durchführungsverordnung vom 1. Mai 1924 wurde berücksichtigt. Bearbeitet von dem allseits anerkannten Steuersachmann Dr. Hermann Stenger in Immenstadt (Allgäu). Preis broschiert 2.20 Gm. Zu beziehen vom Bad. Kommunalverlag Karlsruhe.

Der bekannte Gemeindefinanzpolitiker D. H. Stenger, rechtsk. 1. Bürgermeister in Immenstadt (Allgäu), bringt in dem angezeigten Werke alles Wissenswerte über die dritte Steuernotverordnung. Die Gemeinden, Kreise, Bezirke, Verwaltungsbehörden usw. interessieren sich daneben auch für die neuen Vorschriften über den Finanzausgleich, die zur Ergänzung bisheriger Gesetzesausgaben unbedingt notwendig sind. Die Stengersche Broschüre behandelt in kommentatorischer Form die gesamte dritte Steuernotverordnung, ist also die erste Ausgabe, die nicht nur einige Einzelgebiete herausgreift, sondern den ganzen großen Fragenkomplex dem Leser darbietet, der durch dieses einschneidende Gesetzgebungswerk aufgerollt wird.

Die Veranlagung zur Rentenbankumlage.

Gegen die Methode der Umlagefestsetzung wendet sich eine Zuschrift aus industriellen Kreisen an uns, die ausdrücklich betont, daß sie sich absolut nicht gegen die Belastung an und für sich richten, sondern nur gegen die unfaßbare und fehlerhafte Aufrechnung derselben, deren Richtigstellung zu verlangen auch die Pflicht der Rentenbank selbst wäre, da die Umlage diese doch im besonderen betrifft: Anfang Februar 1924 wurde der für die Rentenbankumlage in Frage kommende Steuerpflichtige auf Grund der Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank vom 15. Oktober 1923 und der „vorläufigen" Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung vom 14. November 1923 „vorläufig" (wie in den Bestimmungen eigens betont) veranlagt. Der Festsetzung der Umlage lag der für den ersten Teilbetrag der Brotversorgungsabgabe maßgebende Wert des Betriebsvermögens zugrunde, der sich gemäß der im Jahre 1923 abgeschlossenen Papiermarkbilanz ergeben hatte. Als einem Beispiel gesagt: Hatte eine Firma, die auf Ende Dezember 1922 bilanzierte, an diesem Zeitpunkt ein Betriebsvermögen von 500 000 000 Papiermark, so kam sie mit diesem Betrag wie folgt zur Festsetzung: 500 000 000 Papiermark, Berechnungssatz 35 Goldpfennige auf je 1000 Papiermark = 175 000 Goldmark Betriebsvermögen; hiervon 6 Prozent Zinsen = 10 500 Goldmark Rentenbankumlage, davon zu bezahlen 5250 Gm. am 1. April 1924 und 5250 Gm. am 1. Oktober 1924.

Hätte dieselbe Firma bei genau dem gleichen inneren Betriebswert auf 1. April 1922 abgeschlossen, so wäre sie mit einem an Zahl bedeutend niedrigeren Papiermarkbetrag zur Berechnung der Rentenbankumlage herangezogen worden, denn zu diesem Zeitpunkt stellte eine etwa 24 mal kleinere Papiermarksumme denselben Wert dar, wie am 31. Dezember 1922 eine um soviel höhere Papiermarkzahl. Berücksichtigt man dabei die steuerlichen Bewertungsbestimmungen zu den einzelnen Terminen in 1922, so zeigen genaue Gegenüberstellungen (die das Finanzministerium leicht durch die Finanzämter nachprüfen lassen kann), daß im Januar bis Mai 1922 bilanzierende Firmen höchstens den 12. bis 15. Teil, auf 31. Juli bilanzierende etwa den 10. Teil, im August und September abschließende Firmen rund den 3. Teil des Betrags an Rentenbankumlage zu entrichten hatten, zu dem diejenigen Abgabepflichtigen veranlagt wurden, die auf 31. Oktober, 30. November oder 31. Dezember abschlossen, und das bei genau demselben inneren Wert ihres Betriebsvermögens!

Indem das Finanzministerium zur Berechnung einer Goldmarkabgabe — zudem noch auf eine Goldmarkangelegenheit, die Rentenbankumlage — die in ihrem inneren Wert fortwährend sich verändernden Papiermarkzahlen des Jahres 1922 hernahm, als seien diese eine stets gleichwertig bleibende Grundlage, hat es genau denselben Kapitalfehler gemacht, wie bei der Veranlagung auf Grund der zweiten Steuernotverordnung für die dritte Rate der Rhein- und Ruhrabgabe und die Abschlußzahlung auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer für 1923. Es übertrumpfte diesen Fehler aber noch um ein Bedeutendes; denn während die vorgenannten zwei Steuern je nach dem Tage der Bilanzierung in 1922 immerhin noch bis vierfach gestaffelt waren, legte das Finanzministerium für die Rentenbankumlage einen Satz von 35 Goldpfennigen für je 1000 Papiermark des Papiermarkvermögens von 1922 gleichmäßig für alle (ohne Rücksicht auf den Tag des Abschlusses) fest, obwohl sich der Wert der Papiermark in 1922 zwischen 175 und 9000 Mark für den Dollar bewegte. Das Finanzministerium hat die Fehler auch selbst eingesehen: denn sonst wäre es nicht notwendig gewesen, daß es die nachträglichen Erlasse vom 3. und 18. Januar 1924 herausgegeben und in ersterem gesagt hätte, daß sich bei der Festsetzung der genannten beiden Steuern „die krassesten Ungleichheiten ergeben", während in dem Erlaß vom 18. Januar 1924 an die Finanzämter das Ministerium wörtlich ausführt: „Wie die Praxis gezeigt hat, sind aber in einer nicht unerheblichen Anzahl von Fällen nicht mit dem Kalenderjahr abschließende Betriebe steuerlich erheblich besser gestellt, und zwar nicht nur bei der Abschlußzahlung, sondern auch bei der dritten Rate der Rhein-Ruhr-Abgabe."

Trotz alledem aber wurde derselbe Fehler bei der Aufrechnung bezw. Festsetzung der Rentenbankumlage — nur noch widersinniger — wieder gemacht. Beschwerte man sich bei der Zahlung der ersten Rate und legte gegen diese Veranlagung Protest ein, so wurde man mit der Mitteilung vertröstet, daß die Veranlagung ja, wie die Verordnung bestimmt, nur eine „vorläufige" sei, die im Anschluß an die Vermögensveranlagung gemäß den Goldmarkabschlüssen auf Ende 1923 richtiggestellt werde. Von einer Richtigstellung ist aber nichts mehr zu hören. Die erste Hälfte des Veranlagungsbetrags war am 1. April zu zahlen, die zweite Hälfte am 1. Oktober fällig. In bezug auf die letztere Rate wurde allerdings kurz vor Fälligkeit verfügt, daß zu diesem Termin nur die Hälfte, also ein Viertel des Gesamtbetrags, zu entrichten sei, die andere Hälfte und damit der Rest des Gesamtbetrags am 15. Januar 1925. Damit würde dann für das Finanzministerium die Rentenbankumlage erledigt sein, weil dieselbe durch die Industrie-Obligationen-Belastung aufgehoben wird. Die Rentenbankumlage ist aber und wird damit nicht erledigt sein für diejenigen Abgabepflichtigen, die sich wieder einmal in unerhörter Weise benachteiligt fühlen müssen gegenüber ihren vollständig gleichgestellt sein sollenden Mitbürgern. Kann man es für denkbar halten, daß ein Kaufmann für genau dieselbe Leistung von dem einen Abnehmer 700 Goldmark, von anderen 1000 oder 2000, oder 5000 oder gar 10 000 Goldmark fordert und eintreibt!! Jedes Vertrauen an der Ehrbarkeit eines solchen Geschäftsmannes wäre restlos vernichtet, und er wäre in den Augen eines jeden, der gerecht denken kann, gerichtet.

Mit demselben Recht aber kann der Steuerzahler die gleiche Moral und Finanzehrlichkeit vom Finanzministerium verlangen, derart, daß die von diesem gemachten, nachgewiesenen und plumpen Fehler richtiggestellt werden bezw. in diesem Fall, daß das Versprechen, die Rentenbankumlage auf Grund der Goldmarkabschlüsse auf Ende 1923 richtig zu stellen, auch durchgeführt wird. Geschieht dies nicht, so müssen die ungerecht Betroffenen darin die Sanktionierung eines klar nachgewiesenen Unrechts erblicken, oder, mit anderen Worten ausgedrückt, die offensichtliche Bevorzugung bestimmter Kreise unter absichtlicher Mehrbelastung anderer. Wenn das Urteil des Senatspräsidenten am Reichsfinanzhof, des Herrn Dr. Strutz, sich über die zweite Steuernotverordnung vom 19. November 1923 schon wie folgt ausdrückt: „Mit der Steuernotverordnung vom 19. November 1923 haben wir einen weiteren, sogar den bisher gewaltigsten Schritt abwärts auf der abschüssigen Bahn getan, die zur Negierung des uralten Grundsatzes der gesetzlichen Grundlage jeder Steuer führt" — so wäre das Finanzministerium mit der Beibehaltung derartiger Methoden wirklich von dem obersten Grundsatz, das Recht zu wahren — da es die Grundlage des Staates bildet — bereits abgewichen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg